

HISTORISCHES
JAHRBUCH
DER
STADT LINZ

1983

Linz 1985

Herausgegeben vom Archiv der Stadt Linz

INHALT

	Seite
Impressum	4
Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen	7
Anschriften der Autoren	8
Vorwort des Bürgermeisters	9
Fritz M a y r h o f e r (Linz): Altenwik — Altengwik — Bivium. Ein Beitrag zur Topographie des mittelalterlichen Linz	11
Willibald K a t z i n g e r (Linz): „Die Bürger in Stetten sein Diep, Schelm, Morder . . .“ Zu den sozialen Konflikten in den Städten Oberösterreichs unter Kaiser Maximilian	21
Heidelinde D i m t (Linz): Die Prämienmedaillen der Landschaftsschule in Linz	69
Georg W a c h a (Linz): Zu den Kapuzinern des 17. Jahrhunderts	79
Isfried H. P i c h l e r (Schlägl): Franz Posch (1679—1731). Eine biographische Skizze	89
Josef M i t t e r m a y e r (Oberneukirchen): Bausteine zur Geschichte der Linzer Bürgerverbände. Schützengesellschaft, Bürgerkorps, Nationalgarde	123
Věra Š i m e č k o v á (Brünn, ČSSR): Linz und die Februarereignisse 1934 im Spiegel der tschechoslowakischen Tagespresse	137
Kurt T w e r a s e r (Fayetteville): Der Linz Gemeinderat 1934—1962. Ständestaat, NS-Regime und die Ära Koref	153
Karl A i g n e r (Wien): Die Facetten — ein Modell zur Produktion von Literatur	245
Liselotte S c h l a g e r (Ried i. Innkreis): In memoriam Alfred Marks	287
Buchbesprechungen	289

KURT TWERASER

DER LINZER GEMEINDERAT 1934 — 1962

Ständestaat, NS-Regime und die Ära Koref

EINLEITUNG

Der Verfasser legt hiermit den dritten und letzten Abschnitt einer vergleichenden Abhandlung über den Gemeinderat vor. Der erste Teil analysierte die Periode liberaler und deutschnationaler bürgerlicher Herrschaft.¹ Der zweite Abschnitt behandelte die Zeit des Durchbruches und der Krise der parlamentarischen Demokratie.² Diese Periode war der parlamentarischen Demokratie in ganz Europa nicht freundlich gesinnt. Obwohl die Demokratie in Österreich keineswegs von den Sozialdemokraten bedroht war, existierte doch genügend Angst vor den „Roten“, um auch gemäßigte nichtsozialdemokratische Wähler für rechtsextremistische Experimente empfänglich zu machen. In Oberösterreich existierte zwar bis 1933 eine politische Kultur, die es den gemäßigten Elementen der drei Lager ermöglichte, das Konfliktpotential zwischen den sozialen Gruppen auszubalancieren.³ Diese Allianz der gemäßigten Kräfte disintegrierte unter dem Einfluß des Zusammenbruches zivilisierter Politik auf nationaler und internationaler Ebene. In einer weiteren europäischen Perspektive waren die Ereignisse in Linz periphere Phänomene größerer historischer Prozesse. Ganz allgemein war es die Unfähigkeit des kapitalistischen Systems, die Produktions- und Verteilungskrisen dieser Jahre zu bewältigen, die zur Verunsicherung der bürgerlichen Schichten und deren Empfänglichkeit für autoritäre Lösungen führte. Österreich ist ein Paradebeispiel einer eigensinnigen deflationären Wirtschaftspolitik, in der die chronische Arbeitslosigkeit speziell den neuen Mittelstand durch Einkommens- und Statureinbußen radikalisierte, aber auch Teile anderer Gesellschaftsschichten in die Arme von Parteien trieben, deren Ehrgeiz es war, die Demokratie zu vernichten. Eine gemäßigte politische Kultur hatte keine effektiven Alternativen zu den autoritären Lösungen, die auf nationaler und darüber hinaus auf internationaler Ebene angeboten wurden.

Der Versuch, das kapitalistische System durch die „wahre Demokratie“ des autoritären Ständestaates zu retten, war ein Mißerfolg, da er neben den traditionellen Oberschichten nur den statischen alten Mittelstand favorisierte. Die nationalsozialistische Periode kombinierte atavistische und inhumane Zielsetzungen und Methoden mit sozialer und wirtschaftlicher Dynamik. Die Jahre des Nationalsozialismus waren in mancher Hinsicht ein so großer Bruch mit der Kontinuität, daß man von einer veritablen Revolution sprechen kann. In anderer Hinsicht bedeuten diese Jahre ein geschichtliches Stadium auf dem Weg von Wiser und Beurle zu Koref. Was vom NS-Regime verblieb, war nicht der Rückfall in die Barbarei — obwohl er das gewiß war — sondern die Zerset-

¹ Kurt Tweraser: Der Linzer Gemeinderat 1880—1914. Glanz und Elend bürgerlicher Herrschaft. In: *HistJbL* 1979, 293—341. Dazu auch meine stark gekürzte Fassung der Gesamtprojekts, *Structural Changes in the City Council of Linz, Austria, 1890—1970*. Tagungspapier für die Western Association for German Studies, 12. — 13. Oktober 1979, Stanford University, Palo Alto, Cal., sowie Carl Beurle and the Triumph of German Nationalism in Austria. In: *German Studies Review*, IV (Oktober 1981), 402—426.

² Kurt Tweraser: Der Linzer Gemeinderat 1914—1934. Krise der parlamentarischen Demokratie. In: *HistJbL* 1980, 199—274.

³ Zur modellhaften Formulierung der Dreilagertheorie vgl. Adam Wandruszka, Österreichs politische Struktur. In: *Geschichte der Republik*, hrsg. v. Heinrich Benedikt, Wien 1954, 289ff.

zung und Zerstörung alter Wirtschaftsstrukturen, die — ohne Zweifel unabsichtlich — den Weg für die Transformation der sozioökonomischen Wirklichkeit nach 1945 freimachte. Es waren gerade die Investitionen des Dritten Reiches, die entscheidende sozialökonomische Impulse für die produktive, wenn auch ungleichmäßige und problematische Entwicklung von Linz nach dem Kriege gaben.⁴ Die Fusion der restaurierten liberalen Demokratie mit einer konzentrierten Form des Kapitalismus führte zur weitgehenden Assimilierung des Sozialismus in die bestehende Wirtschaftsordnung. Aus dem Erleben der konfliktreichen Ersten Republik, des impotenten Ständestaates und der brutalen NS-Diktatur fanden sich die großen gesellschaftlichen Kräfte Österreichs auf der Grundlage eines Konsenses, der neben der Restauration der kapitalistischen Marktwirtschaft und des bürgerlich-demokratischen Rechtsstaates auch den Aufbau eines starken staatlichen Wirtschaftssektors und den weiteren Ausbau sozialer Einrichtungen beinhaltete. Jede Analyse des Gemeinderates nach 1945 muß daher die Einbettung Österreichs und damit der Stadt Linz in das marktwirtschaftliche System des industriellen Westens als Rahmenbedingung akzeptieren, in der nur sehr begrenzte, wenn auch keineswegs zu verachtende Abweichungen von den Imperativen Wirtschaftswachstum, Währungsstabilität und Gewinnbildung möglich waren. Man mag die damit verbundene „Entideologisierung“ der Politik beklagen,⁵ man mag über eine überwiegend auf materielles Wachstum und Gewinn ausgerichtete Gesellschaft lamentieren,⁶ unzweifelhaft zogen die meisten Österreicher (und Linzer) einen eventuellen „zweiten Anschluß“ den psychologischen, sozialen und wirtschaftlichen Unsicherheiten der Zwischenkriegszeit vor. Der enge Handlungsspielraum eines Kleinstaates, und noch mehr eines Kommunalsystems, ist eine der Prämissen, die dieser Studie zugrunde liegen. Zum anderen wird auch angenommen, daß es im Jahre 1945 keine „Stunde Null“ gab. Der Zusammenbruch des NS-Regimes führte zu einer Restauration alter politischer Strukturen.⁷ Dies läßt auf eine gewisse Kontinuität der sozialen Schichtung schließen. Andererseits bestehen im sozioökonomischen Bereich nicht nur Kontinuitäten mit der Ersten Republik und dem Ständestaat sondern, wie oben angedeutet, auch mit dem NS-Regime.⁸ Darüber hinaus muß Linz auch im Rahmen der oberösterreichischen Besonderheiten betrachtet werden. Die Ergebnisse der Wahlen im November 1945 bestätigten Oberösterreich als ein Bundesland mit einer ÖVP-Mehrheit. Daß jedoch der durch seine ständestaatliche Vergangenheit kompromittierte Dr. Heinrich Gleißner zum Landeshauptmann bestellt wurde, verdankte er den sozialdemokratischen Spitzenpolitikern Dr. Ernst Koref und Ludwig Bernaschek. Desgleichen entschieden sich 1949 die sozialdemokratischen Spitzenpolitiker wiederum für Gleißner, obwohl die Möglichkeit einer Koalition mit dem VdU und damit eines sozialistischen Landeshauptmannes gegeben war.⁹ Das Prinzip, die ständestaatliche Vergangenheit möglichst auszu-

⁴ Man kann natürlich über die Expansion der „ostmärkischen“ Wirtschaft und die dadurch induzierte Modernisierung der sozioökonomischen Struktur verschiedener Meinung sein. Siehe u. a. Kurt W. Rothschild, Wurzeln und Triebkräfte der österreichischen Wirtschaftsstruktur. In: Österreichs Wirtschaftsstruktur, gestern—heute—morgen, Bd. I, hrsg. v. Wilhelm Weber, Berlin 1961; Felix Butschek, Die österreichische Wirtschaft 1938 bis 1945, Stuttgart 1978; auch Norbert Schausberger, Rüstung in Österreich, 1938—1945, Wien 1970, 184f.

⁵ Siehe z. B. Hans Prader, Die Angst der Gewerkschaft vorm Klassenkampf, Wien 1975; Günther Bauer und Albert Lichtner, Kommunalpolitik in Linz, Dipl.-Arb., Institut f. Gesellschaftspolitik, Universität Linz; Helmut Konrad, 30 Jahre Zweite Republik — 30 Jahre SPÖ Oberösterreich. In: Bildungskurier, 26 (1975), H. 1/2, 1—5.

⁶ Otto Schulmeister, Der Zweite Anschluß, Wien 1979. In Schulmeisters dialektischer Sicht war der „erste“ Anschluß nur Mittel zum „zweiten“ an das westliche Industrie- und Gesellschaftssystem.

⁷ Zum Begriff der Restauration siehe Robert Kann, Theorie des Geschichtsablaufes in Österreich von 1918 bis zur Gegenwart. In: Wissenschaft und Weltbild. Festschrift für Hertha Firnberg, hrsg. v. Wolf Frühauf, Wien 1975, 443—450.

⁸ Gerhard Botz, Zur Sozialgeschichte der Zweiten Republik (1945 bis 1975). In: Die Republik, 1 (1975), 49.

⁹ Ernst Koref, Gezeiten meines Lebens, Linz 1980, 395—400.

klammern, führte zu einem *modus vivendi* der beiden Großparteien, der mit dem Terminus „*oberösterreichisches Klima*“ glücklich umschrieben wurde. In gewissem Sinne kann Oberösterreich als ein Paradebeispiel eines konsensorientierten Konkordanzmodells bezeichnet werden, in dem es den politischen Gegnern trotz ideologischer Gegensätze möglich war, freundliche Abkommen zu erzielen.¹⁰ Es wäre natürlich nicht korrekt, die Koalitionsabkommen der Großparteien, die sich auf nationaler Ebene bis 1966 hielten, institutionell mit der Bestimmung der Bundesländer- und Gemeindeverfassungen gleichzusetzen, wonach ab einer bestimmten Mandatsstärke eine Partei an der Regierung beteiligt werden muß. Entscheidend sind aber nicht so sehr spezifische institutionelle Arrangements, sondern die Haltung der Eliten, die in einer fragmentierten politischen Kultur agieren müssen. In einem begrenzten Ausmaß war das „*oberösterreichische Klima*“ bereits in der Zwischenkriegszeit präsent, in der die Zusammenarbeit der gemäßigten Eliten Konflikte eindämmte — trotz einer weitgehenden strukturellen Segmentierung —, bis die allgemeine Demokratiemüdigkeit und der Zerfall der demokratischen Parteien die Eliten der nötigen Massenlegitimation beraubten und den von der Dollfuß-Regierung unternommenen schrittweisen Verfassungsbrüchen kein effektiver Widerstand entgegengesetzt werden konnte.

Andere Faktoren als die gezielte „Entpolitisierung“ der Entscheidungsprozesse auf Landes- und Stadtebene trugen ebenso zur gemäßigten Kultur bei, wie etwa die Präsenz der sowjetischen Besatzungsmacht und die damit verbundene perzeptierte Bedrohung der Unabhängigkeit Österreichs — in einer geteilten Stadt wie Linz besonders augenfällig und ausgeprägt —, die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der Großparteien gegen alle Besatzungsmächte, die Ausrichtung der Energien aller Lager auf die Lösung konkreter Probleme des Wiederaufbaus, der Einfluß der Vereinigten Staaten und insbesondere des Marshallplans auf das Wirtschaftswachstum und die damit verbundenen sozioökonomischen Prioritäten, auch wohl gemeinsame leidvolle Erfahrungen in den Konzentrationslagern und Gefängnissen des Nationalsozialismus.

Nach Überwindung der ersten Not- und Aufbauzeit, in der es für die Politik auf Grund der amerikanischen Militärdiktatur und der ökonomischen Sachzwänge relativ wenig Spielraum gab, war es gerade die Tradition der politischen Mäßigung, die es den politischen Eliten ermöglichte, das sich in den fünfziger Jahren ergebende sozioökonomische Potential auszunutzen und trotz rapiden sozialen Wandels, der normalerweise zu Sozialkonflikten führt, den Modernisierungsdruck in friedlichen Bahnen zu halten. Daß die Ergebnisse einer Politik der Mäßigung einer radikalen Kritik nicht standhalten können, ist selbstverständlich.

Von Politikern, die ausdrücklich unter dem Banner des Ausgleichs marschieren, klassenkämpferische Auseinandersetzungen zu erwarten, mutet jedoch sonderbar an. Es war niemals Ziel der Politiker in der Ära Koref das „rote Linz“ als Beispiel gesellschaftsverändernder Reformpolitik zu schaffen.¹¹ Ihr Ziel war vielmehr die Schaffung eines sozialliberalen Kommunalsystems. In dieser Zielsetzung waren sie erfolgreich. In der Tat kann man die Ära Koref als beispielhafte Vor-

¹⁰ Zum Konkordanzmodell siehe etwa Gerhard Lehmbuch, *Proporzdemokratie. Politisches System und politische Kultur in der Schweiz und Österreich*, Tübingen 1967; Rudolf Steininger, *Polarisierung und Integration. Eine vergleichende Untersuchung der strukturellen Versäulung der Gesellschaft in den Niederlanden und Österreich*, Meisenheim 1975; Rodney P. Stiefbold, *Segmented Pluralism and Consociational Democracy in Austria. Problems of Political Stability and Change*. In: *Politics in Europe. Structures and Processes in Some Post-Industrial Democracies*, hrsg. v. Martin O. Heisler, New York 1974, 117—177; Peter Gerlich, *Politisches System und Integration*. In: *Die österreichische Gesellschaft*, hrsg. v. Erich Bodzenta, Wien 1972, 179ff.

¹¹ Zum „roten Wien“ 1919—1934 als ein Beispiel sozialistischer Kommunalpolitik siehe Anton Pelinka, *Kommunalpolitik als Gegenmacht*. In: *Kommunalpolitik und Sozialdemokratie. Der Beitrag des demokratischen Sozialismus zur kommunalen Selbstverwaltung*, hrsg. v. Karl-Heinz Naßmacher, Bonn 1977, 63—77.

wegnahme eines sozialliberalen Konsenses betrachten, der auf Bundesebene in dieser Konsequenz erst Jahrzehnte später verwirklicht wurde.

Daß hier der Person des Bürgermeisters Koref eine historische Bedeutung zukommt, ist allgemein, wenn auch etwas zu unkritisch, anerkannt.¹² Es sei jedoch ausdrücklich vermerkt, daß die Summation einer geschichtlichen Periode mit Hilfe einer Person keineswegs eine Heldengeschichte impliziert. Vielmehr soll damit angedeutet werden, daß es im historischen Konnex nach 1945 Koref war, der im Linzer Raum Sprecher für eine neue gesellschaftliche Identität wurde. Alte Erwartungen umprägend, ermöglichte er es den von den Irrungen und Wirrungen der Geschichte konfundierten Menschen, neuen Mut zu schöpfen. Während einer gesellschaftlichen Identitätskrise besteht ein desperates Bedürfnis nicht nach einem Helden, sondern nach einem „Heilsbringer“ und Erzieher, der, da er seine persönliche Identitätskrise gemeistert hat, diese auch für andere zu meistern versteht.

Die Studie gliedert sich in mehrere Hauptteile. Einmal besteht sie aus einer Analyse der politischen Kräfte im Ständestaat, dem NS-Regime und der wiedererstandenen Demokratie, zum anderen in einer soziologischen Analyse der Gemeinderäte von 1934 bis 1962. Das Hauptaugenmerk richtet sich auf die parteipolitischen Verhältnisse der Jahre 1945 bis 1962, besonders der allgemein vernachlässigten Jahre 1946 bis 1955. Parteien sind auch auf kommunaler Ebene Instrumente demokratischer Regierung. Wenn auch die kommunale Praxis viel eher dem Modell exekutiver Führung in der Setzung von Zielen, Prioritäten und Alternativen gleicht, so ist es immerhin Aufgabe eines von Parteien organisierten Gemeinderates, die Legitimationsbasis für exekutive Entscheidungen zu schaffen. Neben den Verwaltungsspitzen wirken daher auch die politischen Parteien am Zielbildungsprozeß mit.¹³ Die Parteien sind demnach nicht nur Organisationen zur Mobilisierung der Bevölkerung für Wahlen. Sie artikulieren auch politische Bestrebungen und stellen politisches Personal für die lokale Regierung bereit. Die gesetzlichen Regelungen und die finanziellen Abhängigkeiten, die den kommunalpolitischen Entscheidungsprozeß einengen, sollen nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch in der Gemeinde Politik betrieben wird.¹⁴ Die sogenannte Sachpolitik in der Gemeinde ist die Parteipolitik der jeweiligen in einer Koalition zusammengefaßten Mehrheit. Auch andere politisch relevante Institutionen beteiligen sich am Zielbildungsprozeß. Zwischen diesen Institutionen bestehen in der Regel Verzahnungen vielfältiger Art mit den Parteien. Vereine und Verbände, Gewerkschaften und Kammern bedienen sich in der Kommunalpolitik vor allem der Personalunion als wirksamer Einflußtechnik. Nicht zu vergessen sind die wirtschaftlichen Großbetriebe, die eine wichtige Steuerquelle und damit Macht für die Stadt darstellen und deren Interessen dementsprechend berücksichtigt werden müssen. Es wird Aufgabe der soziologischen Analyse sein, diese Verflechtungen zu demonstrieren. Auch gibt die Ausübung der Rekrutierungsfunktion wichtige Hinweise auf die sich wandelnde Struktur der Parteien zu Volksparteien in deren Bestreben, die Pluralität der gesellschaftlichen Kräfte widerzuspiegeln.

Zur Datenlage ist zu bemerken, daß die politischen Praktiker den Bedürfnissen des Historikers nach schriftlichen Unterlagen mit wenig Enthusiasmus entgegenkommen. Die einschlägige Literatur über Politik in Linz nach dem Zweiten Weltkrieg ist eher dürftig, was angesichts der Tatsa-

¹² Siehe die dem Anlaß entsprechenden unkritischen Geburtstagshuldigungen von Peter Kraft, Die Heimatstadt Linz — Modell einer Lebenspolitik. Zum 90. Geburtstag von Altbürgermeister Hofrat Dr. Ernst Koref. In: linz aktiv, 78 (1981), 4—10; Bürgermeister Dr. Koref 70 Jahre alt. In: Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz, Nr. 6, 15. März 1961.

¹³ Karl-Heinz Naßmacher, Parteien im kommunalpolitischen Zielbildungsprozeß. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 72/4, 39—65.

¹⁴ Peter Gerlich, Local Government and Local Politics in Austria, Wien 1967.

che, daß Linz nunmehr seit geraumer Zeit Universitätsstadt ist, eigentlich überrascht.¹⁵ Als außerordentlich nützlich erwiesen sich die Statistischen Jahrbücher der Stadt Linz, besonders auf dem Gebiet der Wahlstatistik, sowie das Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz, das zur Durchsicht der Gemeinderatsprotokolle von 1946 bis 1962 herangezogen wurde.¹⁶ Obwohl die Protokolle über weite Strecken keine ergiebigen politisch inhaltlichen Diskussionen zwischen den Großparteien enthalten, sind es gerade die wenigen kommunistischen Gemeinderäte, deren Polemiken ein zwar verzerrtes, aber eindrucksvolles Spiegelbild der Probleme der Linzer Kommunalpolitik liefern. Die soziologische Analyse ist das Ergebnis einer Aufarbeitung sozialstatistischer Daten der Gemeinderäte nach den Merkmalen Geschlecht, Alter, Religionszugehörigkeit, Schulbildung, geographische Herkunft, erlernter und ausgeübter Beruf, Schichtenzugehörigkeit sowie politische Betätigung. Die Untersuchung stützt sich hier hauptsächlich auf biographische Materialien — z. T. von den Mandataren selbst beigelegt — in der Mandatarskartei des Linzer Stadtarchivs.¹⁷

In den Schlußbetrachtungen wird mit Hilfe einiger Thesen versucht, die prinzipiellen Ergebnisse der dreiteiligen Studie zusammenzufassen und die Transformation der Stadt Linz von einer schläfrigen Provinzstadt zu einer vibranten Großstadt im größeren Bezugsrahmen der säkularen Tendenzen des Massenzeitalters zu verstehen.

DIE LINZER GEMEINDEVERTRETUNG ZWISCHEN 1934 UND 1945

Das Verständnis der spezifischen Form, in der das Linzer Parteiensystem nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes wieder auftauchte, erfordert einen Rückblick auf die Situation der politischen Kräfte in den Jahren 1933 bis 1945. Sowohl die Sozialdemokratische wie die Christlichsoziale Partei litten 1933 bereits unter dem Druck der diktatorischen Tendenzen der Dollfuß-Regierung und zeigten deutliche Zerfallserscheinungen. Die sozialdemokratische Bewegung manifestierte drei Hauptrichtungen, die sich in bezug auf das Sozialismusverständnis und die taktischen Präferenzen im Widerspruch befanden. Der durch die überwiegend kleingewerbliche sozioökonomische Struktur schwächliche Gewerkschaftsflügel war durch die katastrophale Wirtschaftslage schwer angeschlagen. Arbeitslosigkeit führte zu politisch organisatorischer Apathie. Der Schutzbundführer und Landespartei sekretär Richard Bernaschek war ein attraktiver Sammelpunkt für radikale Kräfte, deren Aktionismus von der Empörung gegen die zögernde Haltung der Wiener Parteileitung, der schrittweisen Unterminierung der Demokratie entgegenzutreten, gespeist war.¹⁸ Die dritte Richtung rekrutierte sich aus zumeist kleinbürgerlichen Schichten und fand in Dr. Ernst Koref ihren hervorragendsten Vertreter.¹⁹ Er hatte auf dem Wege des Humanismus und nicht des Austromarxismus zur Arbeiterbewegung gefunden. Als Liberaler

¹⁵ Zwei wertvolle Beiträge sind Beiprodukte von historischen Ausstellungen des Archivs der Stadt Linz. Siehe Linz 1945, Ausstellung zusammengestellt und kommentiert von Dr. Wilhelm Rausch, 8. Mai bis 5. Juni 1965; Das politische Plakat in Oberösterreich 1918—1956, Zusammenstellung und Katalogbearbeitung Fritz Mayrhofer, Linz 1979.

¹⁶ Der Verfasser spricht in diesem Zusammenhang dem Direktor des Linzer Stadtarchivs, Dr. Fritz Mayrhofer, seinen Dank für die verständnisvolle Unterstützung des Forschungsvorhabens aus.

¹⁷ Siehe auch Die Gemeindevertretung der Stadt Linz vom Jahre 1848 bis zur Gegenwart. Geschichte — Biographien, unter Ltg. von Wilhelm Rausch, bearb. v. Richard Bart u. Emil Puffer, Linz 1968.

¹⁸ Dazu Inez Kykal — Karl R. Stadler, Richard Bernaschek. Odyssee eines Rebellen, Wien 1976.

¹⁹ Über die Tendenzen in der Sozialdemokratischen Partei Oberösterreichs Josef Weidenholzer, Die Sozialisten. In: Widerstand und Verfolgung in Oberösterreich 1934—1945. Eine Dokumentation, Bd. I, Wien — München 1982, 35—37; im folgenden als Widerstand OÖ. zitiert.

ohne liberale Partei fand er wohl die kulturliberale Tradition der Sozialdemokratie attraktiv.²⁰ War Richard Bernaschek mit dem mangelnden Aktionismus der Wiener Parteiführung unzufrieden, so führte Korefs koalitionsfreundliche Haltung zu einem Widerspruch mit ihrem Verbalradikalismus, der einer Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokratie und gemäßigten Christlichsozialen im Wege stand.²¹ Der einzige Politiker, der die Autorität gehabt hätte, die Kommunikation zwischen den verschiedenen Richtungen aufrechtzuerhalten, der Linzer Bürgermeister Gruber, war zum kritischen Zeitpunkt bereits schwer erkrankt. Die Partei wurde auch empfindlich durch die Abwanderung linker sozialdemokratischer Arbeiter und Schutzbündler zu den Kommunisten geschwächt.²²

Auch die Christlichsoziale Partei war von Abbröckelungserscheinungen geplagt. Obwohl ihre Führer, Landeshauptmann Dr. Josef Schlegel und Volksvereinspräsident Dr. Josef Aigner, dem autoritären Kurs der Regierung Dollfuß ablehnend oder zumindest skeptisch gegenüberstanden, waren sie — schwer bedrängt von der Heimwehrbewegung — bereits machtlos, der antiparlamentarischen Stimmung der christlichsozialen Bevölkerung wirkungsvoll entgegenzutreten.²³ Die Schwächung der politischen Kohäsion der beiden Großparteien führte zur Unwirksamkeit der gemäßigten Eliten. Die Zeit der *amicabilis compositio* war vorbei. Die tragischen Ereignisse des 12. Februar 1934 waren die Kulmination eines disintegrativen politischen Prozesses, der zunächst die Arbeiterbewegung in den Untergrund trieb, aber auch zum Verlust der Selbständigkeit der Christlichsozialen führte.²⁴ Die Großdeutschen unter Führung Franz Langoths hatten bereits das Gros ihrer bisherigen Wähler an die Nationalsozialisten verloren.²⁵

Keineswegs führte die Tatsache, daß die Ereignisse des 12. Februar in Linz begannen, zu einem besonders militanten Widerstand gegen den Ständestaat in Oberösterreich. Genauere historische Untersuchungen über die Entwicklung der Arbeiterbewegung stehen noch aus.²⁶ Man kann sich aber durchaus dem Urteil eines jüngeren, dem sozialistischen Lager nahestehenden Historikers

²⁰ Zur ideologischen Entwicklung Korefs siehe seine Gezeiten (wie Anm. 9) und Mein Werdegang als Politiker. In: Zeitgeschichte, 5 (1978), 347—350.

²¹ Koref gehörte 1933 einem Kreis sozialdemokratischer Politiker an, die vergeblich versuchten, sich von Dr. Otto Bauer zu distanzieren und mit der Dollfuß-Regierung ins Gespräch zu kommen: Jacques Hannak, Karl Renner und seine Zeit, Wien 1965, 605; auch Koref, Gezeiten (wie Anm. 9) 186. Zum fatalen Widerspruch zwischen sozialdemokratischem Verbalradikalismus und gemäßigter Praxis vor allem Norbert Leser, Zwischen Reformismus und Bolschewismus. Der Austromarxismus als Theorie und Praxis, Wien — Frankfurt — Zürich 1968.

²² So strömte 1933 ein guter Teil der Arbeitersportler unter der Führung Franz Haiders in die KPÖ. Siehe Widerstand OÖ. I (wie Anm. 19), 85. Nach 1945 war Haider einer der bedeutendsten kommunistischen Funktionäre in Oberösterreich und auch im Gemeinderat tätig. Gemäßigte Sozialdemokraten wie Koref vergaben ihm wohl niemals den „Verrat“ an der Sozialdemokratischen Partei. Siehe AStL, Mandatarskartei.

²³ Dazu Erika Weinzierl, Aus den Notizen von Richard Schmitz zur österreichischen Innenpolitik im Frühjahr 1933. In: Geschichte und Gesellschaft. Festschrift für Karl R. Stadler zum 60. Geburtstag, Linz 1974, 124ff; Anton Staudinger, Die Mitwirkung der Christlichsozialen Partei an der Errichtung des autoritären Ständestaates. In: Österreich 1927—1938, Wien 1973, 68—75; Vierzig Jahre danach. Der 4. März 1933 im Urteil von Zeitgenossen und Historikern, Linz 1973, besonders die Beiträge von Ernst Koref und Gerhard Botz.

²⁴ Zur Ausschaltung der Christlichsozialen Partei Peter Huemer, Sektionschef Robert Hecht und die Zerstörung der Demokratie in Österreich, München 1975, 271—277.

²⁵ Dazu allgemein Franz Langoth, Kampf um Österreich, Wels 1951; auch Isabella Ackerl, Das Kampfbündnis der NSDAP mit der Großdeutschen Volkspartei vom 15. Mai 1933. In: Vom Justizpalast zum Heldenplatz, Wien 1975, 121—128.

²⁶ Einen allgemeinen Überblick gibt Harry Slapnicka, Oberösterreich zwischen Bürgerkrieg und „Anschluß“ 1927—1938, Linz 1975, 156—216.

anschießen, der die Leichtigkeit der Auflösung des sozialistischen Lagers in Oberösterreich auf die oben angeführten Spaltungserscheinungen in der Partei zurückführt.²⁷ Diese Erscheinungen erklären einerseits das anfangs relativ geringe Hervortreten der Revolutionären Sozialisten in Oberösterreich, andererseits die Abschwengung einer nicht unansehnlichen Zahl von Sozialdemokraten, insbesondere von Schutzbündlern, zum Nationalsozialismus.²⁸ Die allgemeine Demoralisierung der Arbeiterschaft durch die Februarniederlage wurde durch die temporäre Annäherung Richard Bernascheks und die nicht so temporäre anderer Schutzbundführer an den Nationalsozialismus verstärkt.²⁹ Kein Wunder, daß die Versuche Edmund Aigners, den sozialrevolutionären Untergrund in Linz und Oberösterreich zu organisieren, anfangs auf geringes Interesse der Arbeiterschaft stießen.³⁰ Nicht vor Mitte 1935 war es möglich, eine halbwegs effektive Organisation aufzubauen und dazu bedurfte es augenscheinlich besonderer Anstrengungen der Wiener Aktivisten.³¹ Diese Verallgemeinerungen sollen allerdings in keiner Weise den Widerstand von einzelnen gegen den Ständestaat bagatellisieren.³²

Die Kommunistische Partei wurde während der Herrschaft des Ständestaates zu einer wirklichen politischen Kraft, wenn auch nicht zu einer Massenbewegung. So manche der von der gewaltlosen Praxis des Austromarxismus enttäuschten Arbeiter akzeptierten nunmehr die konsequenteren Formen des illegalen Kampfes der Kommunisten.³³ Abgesehen von den Minoritäten, die sich den revolutionären Sozialisten, Kommunisten oder Nationalsozialisten anschlossen, und einigen Angehörigen der illegalen Freien Gewerkschaften, besonders in der Linzer Tabakfabrik und der Bundesbahnhauptwerkstätte Linz, verhielt sich die Mehrzahl der Sozialdemokraten eher abwartend, was gelegentliche friedliche Antiregime-Demonstrationen nicht ausschloß.³⁴ Die pas-

²⁷ Weidenholzer, Widerstand OÖ. I (wie Anm. 19), 37.

²⁸ Dazu Rudolf Neck, Thesen zum Februar. Ursprünge, Verlauf und Folgen. In: Das Jahr 1934: 12. Februar, München 1975, 23; auch Gerhard Botz, Faschistische Bewegungen und Lohnabhängige in Österreich. In: Arbeiterbewegung und Faschismus. Der Februar 1934 in Österreich, Wien 1976, 342–343; und Diskussionsbeitrag Helmut Konrad, ebenda 442.

²⁹ Zur Enttäuschung der Februarkämpfer über Richard Bernaschek siehe AVA, BKA, I, 22 OÖst, Karton 5106, Dok. 162.130. Dr. Evan Bukey, University of Arkansas, Fayetteville, hat mir freundlicherweise Einsicht in die Daten ermöglicht, die er in Wien über Linz und Oberösterreich gesammelt hat. Interessant ist, daß Otto Huschka, einer der führenden Linzer Februarkämpfer 1938 aus dem Exil in Deutschland zurückkehrte und Ratsherr wurde und sich 1955 als Gemeinderat der Stadt Linz für die Freiheitliche Partei Österreichs wieder politisch betätigte. Dazu AStL, Mandatarskartei.

³⁰ Dazu Slapnicka, Oberösterreich (wie Anm. 26), 179. Edmund Aigner, GR 1927–1934, 1961–1968, Bürgermeister 1962–1968, LT 1932–1934, NR 1945–1962, war Landesleiter der Revolutionären Sozialisten in Oberösterreich. AStL, Mandatarskartei.

³¹ Dazu das mit einiger Vorsicht zu genießende Werk von Josef Buttinger, In the Twilight of Socialism. A History of the Revolutionary Socialists of Austria, New York 1953, 305–306.

³² Beispielhaft sei hier auf die Tätigkeit von Albin Gebhardt und Theodor Grill verwiesen, die nach 1945 außerordentlich wichtige Mitarbeiter Ernst Korefs wurden. Grill war einer der Angeklagten und Verurteilten im großen Sozialistenprozeß von 1936, der den Höhepunkt der politischen Justiz im Ständestaat darstellte. Dazu AStL, Mandatarskartei; Widerstand OÖ. I (wie Anm. 19), 53–54; allgemein Wolfgang Neugebauer, Politische Justiz in Österreich 1934–1945. In: Justiz und Zeitgeschichte, hrsg. v. Erika Weinzierl und Karl R. Stadler, Salzburg 1977, 169–209.

³³ AVA, BKA, I, 22 OÖst., Karton 5109, Dok. 308.803, 303.169, Karton 5107, Dok. 183.452/34, Rote Rebellen. Kampfblatt des K.J.V., Juni 1934, Karton 5108, Dok. 249.967. Auch Beitrag Hans Hautmann in Widerstand OÖ. I (wie Anm. 19), 84–86. Die Sozialdemokraten verloren ungefähr 2.000 Mitglieder an die Kommunisten. Dazu Diskussionsbeiträge von Peter Kammerstätter, Helmut Konrad und Gerhard Botz in Arbeiterbewegung und Faschismus (wie Anm. 28), 445–450, 454–458.

³⁴ So fanden sich im November 1935 zur Leichenfeier für den ehemaligen Linzer sozialdemokratischen Bürgermeister Eduard Euler mehr als 4.000 Personen ein. Dr. Koref hielt die Abschiedsrede. Widerstand OÖ. I (wie Anm. 19), 69–70.

sive Haltung wurde ihnen durch einige progressive Maßnahmen des Ständestaates erleichtert. Die von Dr. Ernst Karl Winter in Wien initiierte Befriedigungsaktion fand ihr Gegenstück in den von Landeshauptmann Gleißner gedeckten Bemühungen Dr. Alfred Maletas, gemäßigte Sozialdemokraten zur Kooperation mit dem Regime zu veranlassen.³⁵ Arbeiterkammer, Einheitsgewerkschaft und die Soziale Arbeitsgemeinschaft der Vaterländischen Front waren aber nur mäßig erfolgreiche Instrumente zur Befriedung der Arbeiter, da sie von durchwegs arbeiterfeindlichen Kräften aus der Heimwehr bekämpft wurden.³⁶

Die alles überschattende Realität war die Unfähigkeit des Ständestaates, die wirtschaftliche Situation in den Griff zu bekommen. Die zaghaften und „kleinkarierten“ Arbeitsbeschaffungsprogramme der oberösterreichischen Landesregierung und der Linzer Stadtverwaltung konnten die strukturelle Arbeitslosigkeit und den katastrophal niedrigen Lebensstandard in nur geringfügiger Weise beeinflussen. Dazu kam noch, daß im benachbarten Bayern ein gewisser Wohlstand wiederhergestellt und die Arbeitslosigkeit im raschen Absinken begriffen waren.³⁷

Wer waren nun die Träger des ständestaatlichen Regimes? Grundsätzlich kann man sagen, daß sich der autoritäre Staat auch hier auf die ehemaligen christlichsozialen Parteigänger, auf die Heimwehr, die römisch-katholische Hierarchie und den alten Mittelstand der Bauern und der Handels- und Gewerbetreibenden stützte.³⁸ Der Wiener Zentralismus des Regimes schwächte die Landes- und Gemeindeautonomie empfindlich.³⁹ Die neue oktroyierte Verfassung für Linz, das Stadtrecht von 1935, indizierte eher einen Rückfall in den Neoabsolutismus als den „berufsständischen“ Umbau der parlamentarischen Demokratie.⁴⁰ Der Gemeindetag, wie der Gemeinderat nunmehr hieß, setzte sich hauptsächlich aus ernannten Vertretern des öffentlichen Dienstes und des Handels und Gewerbe zusammen, obwohl nach den ständestaatlichen Prinzipien auch die Interessen von anderen Berufsständen und kulturellen Gemeinschaften berücksichtigt werden mußten. Politisch waren die Mitglieder des Gemeindetages in der Vaterländischen Front zusammengefaßt, ein erfolgloser Versuch des autoritären Staates, sich eine Massenbasis zu schaffen.⁴¹ Sie rekrutierten sich zumeist aus Mitgliedern der Christlichsozialen Partei und des Heimatschut-

³⁵ Zu den vergeblichen Versöhnungsaktionen Eberhard Holtmann, Zwischen Unterdrückung und Befriedung. Sozialistische Arbeiterbewegung und autoritäres Regime in Österreich 1933–1938, München 1978, 212–245, bes. 231f.

³⁶ Slapnicka, Oberösterreich (wie Anm. 26), 180–184. In Linz war es besonders der ehemalige sozialdemokratische Gemeinderat und Funktionär der Arbeiterkammer Dr. Ludwig Hiermann, der zum offiziell anerkannten Sprecher der Arbeiterinteressen wurde, während der aus der Heimwehr kommende Sicherheitsreferent und Landesrat Graf Revertera maßgeblichster Opponent einer Arbeiterbefriedung war.

³⁷ Slapnicka, Oberösterreich (wie Anm. 26), 212–216. Österreichs Lebensstandard war einer der niedrigsten in Europa, gerade während der entscheidenden Jahre. Dazu Hans Hautmann und Rudolf Kropf, Die österreichische Arbeiterbewegung vom Vormärz bis 1945, Wien 1974, 165–166. Die Zahl der Arbeitslosen in Linz blieb hoch. So waren z. B. im Jänner 1936 11.521 arbeitslos. Siehe Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz, Nr. 4, 15. Februar 1936, 42. Dazu auch Rudolf Kropf, Oberösterreichs Industrie (1873–1938), Linz 1981, 142–143.

³⁸ Über den autoritären Staat allgemein R. John Rath, Authoritarian Austria. In: Native Fascism in the Succession States, 1918–1945, hrsg. v. Peter Sugar, Santa Barbara 1971, 24–43; Francis L. Carsten, Fascist Movements in Austria from Schönerer to Hitler, London 1977, 237–238.

³⁹ Slapnicka, Oberösterreich (wie Anm. 26), 169–177. Allgemein auch Felix Ermacora, Österreichischer Föderalismus. Vom patrimonialen zum kooperativen Bundesstaat, Wien 1976, 74; Kurt Wedl, Der Gedanke des Föderalismus in Programmen politischer Parteien Deutschlands und Österreich, Wien 1969, 188–192.

⁴⁰ Zum Stadtrecht 1935 siehe Gemeindevertretung der Stadt Linz (wie Anm. 17), 42–45; Eduard Straßmayr, Die Linzer Stadtvertretung von den Anfängen bis zur Gegenwart. In: JbL 1935, 87f.

⁴¹ Dazu Carsten, Fascist Movements (wie Anm. 38), 237–246; Irmgard Bärnthaler, Die Vaterländische Front, Wien 1971.

zes. So können von den 43 Gemeindetagsmitgliedern zwischen 1934 und 1938 achtzehn den Christlichsozialen und sieben dem Heimatschutz zugerechnet werden, während bei 15 keine frühere Parteizugehörigkeit festgestellt werden konnte, es sich jedoch größtenteils um bürgerliche Kräfte handelte. Zwei Mitglieder waren Großdeutsche; auch ein ehemaliger Sozialdemokrat befand sich unter ihnen.

Der Linzer Gemeindetag reflektierte daher den Charakter des autoritären Regimes als einer traditionellen, von bürgerlich-bürokratischen Kräften beherrschten Diktatur. Auch im Gemeindetag konnte die Klammer der Vaterländischen Front die Rivalitäten zwischen Christlichsozialen und Heimwehr-Leuten nicht beseitigen. Die Christlichsozialen waren etwa in Kurt von Mraas, dem Landesführer der Ostmärkischen Sturmsharen, und Dr. Paul Weitlaner personifiziert, dessen Eintreten für die Arbeiterinteressen den Zorn des Heimatschutzes erregte. Nur eine geringe Anzahl von Kryptonationalsozialisten (vier) konnten im Gemeindetag entdeckt werden. In gewissem Sinne war der Ständestaat der Schwanengesang der alten auf die Monarchie zurückgehenden autoritären Eliten. Der Versuch, die geschichtliche Uhr auf den Neoabsolutismus zurückzudrehen, die Zerstörung der demokratischen Errungenschaften der Liberalen und Sozialdemokraten sowie die Unfähigkeit, sich in die Erfordernisse der Massenpolitik einzufügen, ebneten dem Nationalsozialismus den Weg.

Seinen gefährlichsten Gegner hatte der Ständestaat nicht in der Arbeiterbewegung und anderen demokratischen Kräften, sondern in den Nationalsozialisten. Zwar führte der NS-Putsch vom 25. Juli 1934 auch in Linz und Oberösterreich zum vorübergehenden Kollaps der NSDAP.⁴² Es war gerade die temporäre Ausschaltung der radikalen NS-Elemente, die es hochrespektierten ehemaligen großdeutschen Politikern in Linz, wie etwa Langoth und Foppa ermöglichte, in Zusammenarbeit mit „gemäßigten“ Nationalsozialisten, wie etwa Reinhaller, eine Politik der Annäherung an den Ständestaat zu betreiben, die aber letzten Endes erfolglos blieb.⁴³

Die Erschwerung der Agitationsbedingungen nach dem Putsch war augenscheinlich kein Hindernis für die Reorganisation der illegalen NSDAP. Sie war in weniger als einem Jahr erfolgreich abgeschlossen. Die Lockerung der antinationalsozialistischen Politik des Ständestaates nach Mitte 1936 führte auch in Oberösterreich zu verstärktem Wachstum, obwohl man keineswegs von einem Beitrittsboom sprechen kann. Zweifellos gelang es den Führern der NS-Bewegung, wie Eigruber und Kaltenbrunner, die Organisation für die Stunde der Machtergreifung bereitzuhalten.⁴⁴ Von der zwielichtigen Haltung des Sicherheitsreferenten Revertera unterstützt, konnten sich die Nationalsozialisten in Linz auf überwiegend halblegale Taktiken beschränken.⁴⁵ Man

⁴² Dazu Carsten, *Fascist Movements* (wie Anm. 38), 265. Zum Putsch in Oberösterreich auch Gerhard Jagschitz, *Der Putsch 1934. Die Nationalsozialisten in Österreich*, Graz 1976, 157—162.

⁴³ Dazu Wolfgang Rosar, *Deutsche Gemeinschaft, Seyß-Inquart und der Anschluß*, Wien 1971, 68—82; Gerhard Jagschitz, *Zwischen Befriedung und Konfrontation. Zur Lage der NSDAP in Österreich 1934 bis 1936*. In: *Das Juliabkommen von 1936, Vorgeschichte, Hintergründe und Folgen*, hrsg. v. Ludwig Jedlicka und Rudolf Neck, München 1977, 162—172; Langoth, *Kampf um Österreich* (wie Anm. 25), 210—213; Bruce F. Pauley, *Hitler and the Forgotten Nazis*, Chapel Hill 1981, 138—154.

Franz Langoth war der bedeutendste großdeutsche Landespolitiker der Zwischenkriegszeit. 1918—1934 Landeshauptmannstellvertreter, 1909—1934 im LT, 1918—1933 Sicherheitsreferent in der LR, 1944—1945 Oberbürgermeister von Linz. Hermann Foppa war einer der Führer der Großdeutschen in der Bundespolitik. 1930—1934 im NR, 1931 Reichsparteiobmann der Großdeutschen Partei, ab 1938 Landes Schulinspektor für höhere Schulen in „Oberdonau“. Anton Reinhaller stieß frühzeitig zur NSDAP, war Landwirtschaftsminister im Kabinett Seyß-Inquart, Landesbauernführer in „Niederdonau“, 1956 Bundesparteioibmann der FPÖ.

⁴⁴ Dazu allgemein John A. Bernbaum, *Nazi Control in Austria. The Creation of the Ostmark, 1938—1940*. Diss., University of Maryland 1972, 31—52.

⁴⁵ Slapnicka, *Oberösterreich* (wie Anm. 26), 197—198; auch Diskussionsbeitrag Slapnicka in: *Juliabkommen von 1936* (wie Anm. 43), 425f.

kann wohl annehmen, daß die NSDAP auf Jugendliche eine große Attraktivität ausübte, doch scheint es, daß ihr nunmehr auch weitere Einbrüche in die bäuerliche Bevölkerung und die industrielle Arbeiterschaft gelangen.

Die offizielle Mitgliedschaft zur NSDAP in Oberösterreich war relativ klein, jedoch müssen die Sympathisanten auf ein Vielfaches der tatsächlichen Mitglieder eingeschätzt werden.⁴⁶ Als Hitler den österreichischen Nationalsozialisten grünes Licht zum Aufstand gab, gelang es ihnen auch in Linz am 11. März 1938 in einer quasi-Revolution von unten die Kontrolle über die Stadt auszuüben, was angesichts des massiven Drucks des Dritten Reiches auf das Schuschnigg-Regime und der damit verbundenen Unsicherheit, ja Disintegration der Staatsgewalt kein allzu großes Kunststück war.⁴⁷

Am 12. März 1938 kam es dann zum triumphalen Empfang Hitlers in Linz. Welche Rolle Massenhysterie, Hoffnung auf Verbesserung des Lebensstandards oder genuine Sympathie mit den Zielen der Nationalsozialisten bei diesem Ausbruch von wildem Enthusiasmus spielten, muß derzeit noch Spekulation bleiben. Die geschickte Manipulation der öffentlichen Meinung durch die Nationalsozialisten und die Ungeschicklichkeiten und Dummheiten des Ständestaates trugen dazu bei, daß Linz in der ersten Begeisterung eine „braune“ Stadt war. Unzweifelhaft sahen jene sozialen Kräfte, die sich vom Ständestaat und vorher auch von der Sozialdemokratie vernachlässigt fühlten, in der NS-Bewegung ein Instrument zur Transformation der Gesellschaft. Der Jubel über den „Anschluß“ war aber Ausdruck von sozialen und wirtschaftlichen Erwartungen nicht nur der überzeugten Nationalsozialisten, sondern weitester Bevölkerungskreise. Nur ein geringer Teil der Bevölkerung erlebte den „Anschluß“ als „Okkupation“.⁴⁸ Allerdings muß auch bemerkt werden, daß für manche früher, für viele später angesichts der Realität des NS-Regimes eine heilsame Ernüchterung einsetzte, die zur Grundlage für ein eventuelles Österreichbewußtsein wurde. Daß aber die nationalsozialistische Diktatur schon wenige Monate nach dem „Anschluß“ eher einer

⁴⁶ Die Mitgliederzahl bewegte sich um etwa 2.000, eine kleine Zahl im Vergleich mit Niederösterreich, Wien, Steiermark und Kärnten. Dazu Radomir Luza, *Austro-German Relations in the Anschluß Era*, Princeton 1975, 376. Man wird aber diese Zahlen, da sie auf einer obskuren Evidenz der NSDAP beruhen, mit einiger Vorsicht zu nehmen haben.

Allgemein zu Mitgliederzuwachs und Verschiebungen in der NS-Sozialstruktur siehe Gerhard Botz, *Strukturwandlungen des österreichischen Nationalsozialismus (1904–1945)*. In: *Politik und Gesellschaft im alten und neuen Österreich*. Festschrift für Rudolf Neck zum 60. Geburtstag, hrsg. v. Isabella Ackerl, Walter Hummelberger und Hans Mommsen, Bd. II, München 1981, 163–193 und derselbe, *Die österreichischen NSDAP-Mitglieder. Probleme einer quantitativen Analyse aufgrund der NSDAP-Zentralkartei im Berlin Dokument Center*. In: Richard Mann (Hrsg.), *Die Nationalsozialisten. Analysen faschistischer Bewegungen*, Stuttgart 1980, 98–136.

⁴⁷ Zum Hintergrund für Hitlers Entschluß, die österreichische Frage zu lösen, siehe Gerhard Botz, *Die Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich. Planung und Verwirklichung des politisch-administrativen Anschlusses (1938–1940)*, Wien 1972. Zu den Ereignissen in Linz selbst vgl. Carsten, *Fascist Movements* (wie Anm. 38), 319; Anton Fellner, *Die Machtergreifung im Gau Oberdonau. Österreichischer Beobachter*, März 1939, 9–12; Gerhard Botz, *Hitlers Aufenthalt in Linz im März 1938 und der Anschluß*. In: *HistJbL* 1970, 201–202 und die kurzen Erlebnisberichte über den 11. und 12. März von Peter Kammerstätter und Ernst Koref in *Finis Austriae, Österreich*, März 1938, hrsg. v. Franz Danimann, Wien 1978, 134–137.

⁴⁸ Die nach 1945 offiziell vertretene Okkupationstheorie, die Österreich als ausschließliches „Opfer“ ausländischer Aggression hinstellte, war staatspolitisch nützlich, historisch aber eine Legende. Sie erwies sich als großes Hindernis zur Bewältigung der NS-Vergangenheit. Dazu Gerhard Botz, *Der 13. März 1938 und die Anschlußbewegung. Selbstaufgabe, Okkupation und Selbstfindung Österreichs 1918–1945*, Wien 1978; Ernst Hanisch, *Vierzig Jahre nach dem „Anschluß“: neue wissenschaftliche Literatur*. In: *Zeitsgeschichte* 6 (1978), H. 3, 117–127.

Fremdherrschaft denn einer Diktatur der einheimischen Nationalsozialisten glich, kann für Linz kaum behauptet werden.⁴⁹

War der Ständestaat durch ein Nebeneinander und Durcheinander von alten und neugebildeten politischen Strukturen gekennzeichnet, so war auch das NS-Regime ein Wirrwarr von sich überschneidenden und miteinander konkurrierenden Strukturen. Man kann im Gau „Oberdonau“ von einer Dominanz der politischen Organisation der NSDAP sprechen, solange man im Bild behält, daß Dominanz keineswegs totale Macht bedeutet.⁵⁰ Vom Anfang bis zum Ende des NS-Regimes stand der intellektuell nicht sonderlich begabte, aber umso brutalere Oberösterreicher August Eigruber als Gauleiter an der Spitze. Er vermochte sich in seinem Geltungs- und Machtstreben — gestützt auf die durch seine absolute Loyalität abgesicherten guten Beziehungen zu Hitler — gegen die meisten Einmischungen aus dem „Altreich“ und Wien durchzusetzen.⁵¹ Hitlers Antiwien-Ressentiments führten zur Zerschlagung der Dominanz Wiens und dies stärkte die separatistischen Tendenzen der Bundesländer-Nationalsozialisten, von denen Eigruber einer der Geschicktesten in der Ausübung der Macht war.⁵² Übrigens hatte Hitlers Politik, die Auflösung Österreichs durch Zurückgreifen auf die Tradition der historischen Länder herbeizuführen und die Gauleiter zu „Landesfürsten“ aufzuwerten, die gewiß unabsichtliche Konsequenz, auch nationalsozialistische und deutschnationale regionale Kräfte zu stärken, die sich dann nach 1945 auf dem Umweg über die Länder mit der Idee eines von Deutschland separaten österreichischen Staatsgebildes befreundeten konnten.

Die politische Organisation der NSDAP war zweifellos von Eigruber und seinen engeren oberösterreichischen Parteifreunden beherrscht. In der staatlichen Verwaltung im engeren Sinne waren „Reichsdeutsche“, die die notwendige juristische Ausbildung besaßen, vertreten. Unter ihrer Leitung fungierte aber eine Anzahl alter österreichischer nationalgesinnter Beamter.⁵³ In der

⁴⁹ Botz datiert den Beginn der Entzauberung in Wien mit Juni oder Juli 1938. Das mag für Wien zutreffen, aber nicht für Linz. Dazu sein Wien vom „Anschluß“ zum Krieg. Nationalsozialistische Machtübernahme und politisch-soziale Umgestaltung am Beispiel der Stadt Wien 1938/39, Wien 1978; derselbe auch Die österreichischen NSDAP-Mitglieder (wie Anm. 46), 102.

⁵⁰ Dazu Peter Hüttenberger, Nationalsozialistische Polykratie. In: Geschichte und Gesellschaft II (1976), Nr. 4, 417–442. Auch Maurice Williams, The Aftermath of Anshluß: Disillusioned Germans or Budding Austrian Patriots? 129–144; John A. Bernbaum, „The New Elite“: Nazi Leadership in Austria, 1938–1945, 145–158 und speziell Gerhard Botz, Comments, 167–182, alle in: Austrian History Yearbook XIV (1978).

Hüttenbergers Polykratie-Modell beruht auf der Annahme, daß das NS-Herrschaftssystem kein Monolith war, sondern aus einer Reihe von relativ autonomen Herrschaftsträgern bestand, wie NSDAP/PO, Wirtschaft, Wehrmacht und SS/SD/Gestapo-Komplex, die miteinander in Konkurrenz lagen. Wie wichtig die einzelnen Herrschaftsträger jeweils waren, ist regionalen Schwankungen unterworfen. Jüngst wurde Hüttenbergers Modell auf das Land Salzburg angewendet. Dazu Ernst Hanisch, „Gau der guten Nerven“: Die nationalsozialistische Herrschaft in Salzburg 1939/40. In: Politik und Gesellschaft im alten und neuen Österreich (wie Anm. 46), 195–218. Eine wertvolle Behandlung von Linz und Oberösterreich im Rahmen des Polykratie-Modells auch bei Evan Bukey, Hitler's Hometown under Nazi Rule: Linz, Austria, 1938–1945. In: Central European History, XVI, 2 (1983), 171–186.

⁵¹ Zu Eigruber siehe Harry Slapnicka, Oberösterreich als es „Oberdonau“ hieß, 1938–1945, Linz 1978, 28–32.

⁵² Dazu Botz, Eingliederung Österreichs (wie Anm. 47), 73–120; auch Luza, Austro-German Relations (wie Anm. 46), 93–94, 241–256, 369 und Harry Ritter, Recent Writing on Interwar Austria. In: Central European History, XII, 3 (1979), 297–311.

⁵³ Slapnicka, Oberdonau (wie Anm. 51), 55–65; auch Evan Bukey, The Nazi Party in Linz, Austria, 1919–1939: A Sociological Perspective. In: German Studies Review, I, 3 (Oktober 1978), 302–326. In diesem Zusammenhang ist aber zu berücksichtigen, daß der im „Altreich“ gängige Dualismus von Partei und Staat in den Ostmarkgauen weitgehend verwischt war. So war der Gauleiter in Personalunion auch

Reichssonderverwaltung, insbesondere bei der Bahn und in der Reichsfinanzverwaltung befanden sich allerdings viele „reichsdeutsche“ Beamte. Auch in der Großindustrie war das deutsche Element ausschlaggebend. Trotzdem war aber wohl der Einfluß der „Reichsdeutschen“ politisch gesehen in Oberösterreich weniger ausgeprägt als z. B. in Wien. Friktionen innerhalb der neuen Führungsschicht basierten zu einem guten Teil auf den Klassenunterschieden zwischen plebejischen und mittelständischen Nationalsozialisten. Die Unterschiede im sozialen Hintergrund zwischen radikalen Parteitypen und den Nationalsozialisten des „gehobenen Mittelstandes“, wie höhere Beamte, freiberufliche Akademiker und Wirtschaftsmanager, machten sich auch in Linz bemerkbar. Vielleicht sollte man die gelegentlichen Spannungen zwischen der Parteiführung und dem SS-, SD- und Gestapokomplex, dessen Führung sich ja vorwiegend aus dem neuen Mittelstand rekrutierte, durch diese Klassenunterschiede erklären.⁵⁴

Der Nationalsozialismus war gegen legislative Gremien feindlich eingestellt. Das sogenannte Ratskollegium, wie der Gemeinderat nunmehr hieß, hatte demnach auch keine wesentlichen Machtbefugnisse.⁵⁵ Die hauptamtlichen Bürgermeister und Beigeordneten — durchwegs Österreicher — waren zum Teil Juristen und Fachleute. Waren sie bloße NSDAP-Funktionäre, konnten sie trotz ihrer Nahbeziehung zu Eigruber nicht immer ihre Position halten. So war Josef Wolkerstorfer ein Protegé Eigrubers, aber als Oberbürgermeister mußte er mangels seiner administrativen Fähigkeiten letzten Endes auf eine Pfründe in die Hermann-Göring-Werke abgeschoben werden. Andererseits konnten sich Funktionäre der Stadt, die Eigruber nicht genehm waren, trotz ihrer Kompetenz nicht halten. So etwa Dr. Leo Sturma als Oberbürgermeister. Glücklicherweise für Linz wurde mit Franz Langoth ein relativ gemäßigter Nationalsozialist zum Oberbürgermeister ernannt, der sich auf Grund seiner guten Beziehungen zu Hitler und Kaltenbrunner auch eine bescheidene Selbständigkeit gegenüber Eigruber bewahren konnte. Machtpolitisch war demnach in Linz unter Wolkerstorfer und Sturma die nationalsozialistische Parteiorganisation ausschlaggebend. Eigrubers Versuch, sich durch einen Vertrauensmann, nämlich Bürgermeister Dr. Gast, unumschränkten Einfluß auf die Linzer Verwaltung zu sichern, scheiterte allerdings am Widerstand Langoths.⁵⁶ Erst in den letzten Kriegsmonaten erwies sich die Wehrmacht als ein relativ autonomer Herrschaftsträger in Linz, während der SD-Gestapo-Komplex bis zuletzt von der nationalsozialistischen Parteiorganisation überschattet wurde.

Als sekundärer Herrschaftsträger muß auch die katholische Kirche erwähnt werden, die sich wohl als einzige nichtnationalsozialistische Großgruppe neben der Wehrmacht ihre Organisationsstruktur bewahren konnte, obwohl ihr Einfluß auf dem Lande weitaus größer war als im städtischen Raum. Die Kirche war ideologischer Gegner des Nationalsozialismus, aber durch ihre Tradition, die jeweils etablierte Staatsautorität anzuerkennen, in der oppositionellen Praxis gehemmt. Die Gläubigen auf die Unterstützung der NS-Kriegsanstrengungen festzulegen, fand sie durchaus mit ihrer ideologischen Opposition vereinbar. Trotz der mutigen und opferreichen Haltung einzelner Priester wird man nicht fehlgehen, sich der Meinung Klostermanns anzuschließen, daß die Geschichte des kirchlichen Kampfes gegen den NS-Staat nicht gerade ein reines christliches Heldenlied war, speziell wenn die Verfolgung Nichtchristen traf.⁵⁷

Chef der staatlichen Verwaltung zuerst als Landeshauptmann und dann als Reichsstatthalter. Diese Personalunion wurde von Eigruber zum Teil auch auf unteren Ebenen durchgesetzt.

⁵⁴ Allgemein zum Klassenproblem in der NS-Führungsschicht Pauley, Hitler (wie Anm. 43), auch Botz, Der 13. März 1938 (wie Anm. 48), 22.

⁵⁵ Auf Grund der Bestimmungen der Deutschen Gemeindeordnung von 1935 war Linz „kreisfreie Stadt“, der Bürgermeister wurde Oberbürgermeister, der Vizebürgermeister Bürgermeister, die Stadträte Beigeordnete. Deren Berufung und Abberufung war direkt von der Parteiführung abhängig. Gemeindevertretung der Stadt Linz (wie Anm. 17), 46—49.

⁵⁶ AStL, Mandatarskartei; auch Langoth, Kampf um Österreich (wie Anm. 25), 243, 265—267.

⁵⁷ Dazu Ferdinand Klostermann, Katholische Jugend im Untergrund. In: Das Bistum Linz im Dritten Reich,

Unter den 16 Oberbürgermeistern und Beigeordneten zwischen 1938 und 1945 befand sich kein einziger „Reichsdeutscher“. Fünf stammten aus Linz bzw. Urfahr, sechs aus Oberösterreich, vier aus Österreich und einer aus Mähren. Von den ehrenamtlichen Ratsherren waren 13 aus Linz bzw. Urfahr, neun aus Oberösterreich, sechs aus dem übrigen Österreich, zwei aus Mähren und nur drei aus dem „Altreich“. Allerdings handelte es sich dabei um einen hohen SS-Führer (Jungkunz) und zwei Spitzenmanager der Hermann-Göring-Werke (Gutacker, Sprick). Die überwiegende Mehrzahl der hauptamtlichen Funktionäre waren „alte Kämpfer“, d. h., sie waren der NSDAP 1932 oder früher beigetreten. Die „Illegalen“ und die nach 1938 beigetretenen Nationalsozialisten waren nur geringfügig vertreten. Mit einer Ausnahme (Langoth) waren sie zwischen 1895 und 1909 geboren. Die wesentliche Periode ihrer politischen Sozialisation fällt daher in die Zeit gerade vor dem Ersten Weltkrieg, des Krieges selbst und der unmittelbaren Nachkriegszeit, eine Zeitspanne, die offensichtlich zur ideologischen Affinität für den Nationalsozialismus führte. Sie beschränkte sich auf die Altersgruppen, in denen sich die gesellschaftlichen Erschütterungen traditioneller Werte in nationalsozialistische Betätigung umsetzten. Nimmt man an, daß es sich bei den „alten Kämpfern“ durchwegs um Menschen handelte, die aus dem völkisch-nationalen Lager kamen, ergibt sich daraus, daß die traumatischen Effekte von 1918 auf diese Gruppe größer waren als auf andere Gruppen, d. h., daß sie an einer größeren Entfremdung von der Gesellschaft litten. Genauso wie die Mehrzahl der Bevölkerung den „Anschluß“ subjektiv nicht als Okkupation erlebte, wurde auch die Wirtschafts- und Sozialpolitik des Dritten Reiches wenigstens anfangs nicht als Ausbeutung und Unterjochung begriffen. Auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung erzielte der Nationalsozialismus einen stupenden Erfolg. Waren zur Zeit des „Anschlusses“ noch ungefähr 12.000 Arbeitslose in Linz, war ihre Zahl im Herbst 1938 auf ungefähr 1.100 gesunken. Die schlagartige Eingliederung so vieler Arbeitskräfte stärkte auch die Konsumkraft und löste eine Konjunkturwelle aus. Daß die Beseitigung der Arbeitslosigkeit ein Effekt der Einbeziehung in eine rasch expandierende Rüstungsindustrie und in ein System der einem ungezügelter Expansion dienenden wirtschaftlichen Autarkie waren, blieb den durch jahrelange Not moralisch und intellektuell Abgestumpften verborgen.⁵⁸

Die Struktur der Linzer Wirtschaft wurde in diesen Jahren durch umfangreiche Industrie Gründungen entscheidend geändert.⁵⁹ Linz partizipierte wesentlich an der industriellen Durchdringung Westösterreichs mit der Errichtung der Hüttenbetriebe der Hermann-Göring-Werke, der Stickstoffwerke und des Ausbaues der Schiffswerft und des Hafens.⁶⁰ Die Bevorzugung der Pro-

hrsg. v. Rudolf Zinnhobler, Linz 1979, 228; auch Erika Weinzierl-Fischer, Zu wenig Gerechte. Österreicher und Judenverfolgung 1938—1945, Graz 1969, 158. Allgemein zum Verhältnis Kirche — Nationalsozialismus siehe Radomir V. Luza, Nazi Control of the Austrian Catholic Church, 1939—1941. In: *The Catholic Historical Review*, LXIII, 4 (1977), 537—572.

Die Judenverfolgung in Linz scheint sich auf allgemeine Zustimmung gestützt zu haben. Obwohl weniger als 1.000 Juden in Linz lebten, war die Stadt von starken antisemitischen Ressentiments durchdrungen, was auf jahrzehntelange Indoktrination durch die Deutschnationalen zurückzuführen ist. Dazu Tweraser, Carl Beurle, (wie Anm. 1); Karl Schwager, Geschichte der Juden in Linz. In: Hugo Gold, Geschichte der Juden in Österreich, Ein Gedenkbuch, Tel Aviv 1971, 53—67; Slapnicka, Oberdonau (wie Anm. 51), 177—193; auch Karl Stuhlpfarrer, Antisemitismus, Rassenpolitik und Judenverfolgung in Österreich nach dem ersten Weltkrieg. In: Anna Drabek u. a. Das Österreichische Judentum: Voraussetzungen und Geschichte, Wien 1974, 143.

⁵⁸ Zur Arbeitsbeschaffung siehe Slapnicka, Oberdonau (wie Anm. 51), 160; Erich Maria Meixner, Wirtschaftsgeschichte des Landes Oberösterreich, Band II: Männer, Mächte, Betriebe. Von 1848 bis zur Gegenwart, Salzburg 1952, 383.

⁵⁹ Dazu Butschek, Österreichische Wirtschaft (wie Anm. 4), 101.

⁶⁰ Gustav Otruba, Österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert, Wien 1968, 30—31; Luza, Austro-German Relations (wie Anm. 46), 192—199; auch Helmut Fiederer, Die Reichswerke „Hermann Göring“ in Österreich 1938 bis 1945. Zur Gründungsgeschichte der Vereinigten österreichischen Eisen- und Stahl-

duktionsbereiche, die für die Kriegsvorbereitung relevant waren, führte zu einem Rückgang der konsumorientierten Industrien und des Gewerbes trotz gewisser Widerstände der nationalsozialistischen oberösterreichischen Gewerbeinteressen.⁶¹ Die industrielle Arbeiterschaft in Linz verdoppelte sich während der NS-Zeit, während die Bevölkerung insgesamt um 73 % zunahm und das Flächenwachstum 68,4 % betrug.⁶² Die Wandlung der Stadt Linz von einer mittleren Verwaltungs- und Handelsstadt zu einem modernen Industriezentrum muß im Zusammenhang mit dem besonderen Interesse Hitlers an ihrer Entwicklung zu einer kulturellen Metropole als Gegenstück zu Budapest gesehen werden.⁶³ Das Hitlersche Linz bedurfte zu seiner Erhaltung einer großindustriellen Basis, was für die Situierung der Reichswerke „Hermann Göring“ in St. Peter ausschlaggebend wurde.⁶⁴ Die großen industriellen und kulturellen Ausbaupläne von Linz führten zu einem gesteigerten Raumbedarf und in der Folge zur *Eingemeindung von Ebelsberg und St. Magdalena*. Alle anderen Versuche, Gemeinden wie Asten, Puchenu, Traun dem Stadtgebiet anzuschließen, scheiterten jedoch am Ortsparochialismus.⁶⁵

Zusammenfassend kann behauptet werden, daß die forcierte Industrialisierung zwar zu strukturellen Verzerrungen in der Linzer Stadtlandschaft führte, die die Stadtväter nach 1945 mit vielerlei Problemen belastete, daß jedoch in dieser Periode gleichzeitig die Grundlage für ein modernes industrielles Linz erstellt wurde.⁶⁶ Die Wachstumschancen, die sich Linz nach dem Kriege eröffneten, waren demnach entscheidend von den Investitionen während des „Anschlusses“ geprägt. Die Branchenstruktur der Industrie veränderte sich zugunsten der Grundstoffindustrien und auf Kosten der traditionellen Konsumgüterindustrien. Es änderte sich auch die Größenstruktur in Richtung effizienterer Großbetriebe. Gleichzeitig nahm Linz auch an der regionalen industriellen Schwerpunktverschiebung von Wien und Ostösterreich nach Westösterreich teil. Mit der Änderung der Produktionsstruktur ging ein Lernprozeß technisch-organisatorischer Art Hand in Hand, der es der Industrie ermöglichte, sich nach dem Kriege auf westlichen Märkten durchzusetzen.⁶⁷ Daß die vom NS-Regime begonnenen Großinvestitionen keineswegs beabsichtigten, die österreichische Wirtschaft in einer westlichen Marktwirtschaft konkurrenzfähig zu machen, ändert nichts an der Tatsache, daß sie gerade diese, wenn auch unbeabsichtigte Konsequenz hatten.⁶⁸

werke, phil. Diss. Salzburg, 1979 und derselbe, *Die Hütte Linz und ihre Nebenbetriebe von 1938 bis 1945*. In: *HistJbL* 1981, 179–219.

⁶¹ Siehe Meixner, Männer, Mächte, Betriebe, (wie Anm. 58), 383; auch Slapnicka, Oberdonau, (wie Anm. 51), 136.

⁶² Gustav Otruba, *Der gesellschaftliche und wirtschaftliche Strukturwandel der Stadt Linz und dessen Auswirkungen auf kulturelle Institutionen*. In: *Linzer Aspekte*, hrsg. v. Hanns Kreczi, Linz 1970, 21; Herbert Maurer, *Oberösterreich in der Bevölkerungsentwicklung Österreichs, 1869–1951*, Linz 1953.

⁶³ Dazu etwa Robert R. Taylor, *The Word in Stone. The Role of Architecture in the National Socialist Ideology*, Berkeley, 1974, 49–52; Jost Dülffer, Jochen Thies und Josef Henke, *Hitlers Städte. Baupolitik im Dritten Reich*, Köln 1978, 254–281; Slapnicka, Oberdonau, (wie Anm. 51), 66–79.

⁶⁴ Franz Schmuckenschläger, *Die Großstadt Linz im Aufbau*. In: *Linz Erbe und Sendung*, Linz 1941, 85; auch sein Manuskript, *Die Neugestaltung der Stadt Linz in den Jahren 1938–1945*, Linz 1946, AStL, Sch.B 22.

⁶⁵ Slapnicka, Oberdonau (wie Anm. 51), 44–45; allgemein dazu Rudolf Peter Altmüller, *Die Linzer Eingemeindungen. Ein Beitrag zur Entwicklungsgeschichte der Landeshauptstadt Linz*, Linz 1965 (Sonderpublikation zur Linzer Stadtgeschichte). Dazu auch die Bemerkungen Korefs in *Gezeiten*, (wie Anm. 9), 321.

⁶⁶ Dazu Luza, *Austro-German Relations* (wie Anm. 46), 210–211; auch Richard Hiscocks, *The Rebirth of Austria*, London 1953, 102.

⁶⁷ Dazu Butschek, *Österreichische Wirtschaft* (wie Anm. 4), 100–114.

⁶⁸ Siehe aber dazu die negative Beurteilung von Karl Hendrich, *Die wirtschaftliche Durchdringung Österreichs durch Deutschland und deren betriebswirtschaftlichen Folgen*. Wirtschaftswiss. Diss., Wien 1948,

Die NSDAP in „Oberdonau“ war ursprünglich eine kleine Partei mit einer zählenden Mitgliedschaft von nur 2.211 im November 1938. Ihre Mitgliedschaft stieg 1941 auf 60.666 und stabilisierte sich mit über 87.000 im Jahre 1942.⁶⁹ Waren die NS-Aktivisten der frühen Stunde — und hier wiederum das jugendliche mobile Element — von der antibürgerlichen, populistischen Aggressivität der NS-Bewegung angezogen, so kam mit dem Massenzulauf nach 1938 der Opportunismus ganz anderer Interessen zum Tragen, die durch den vagen Emotionalismus der sogenannten Volksgemeinschaft oberflächlich in die Bewegung integriert wurden. In dieser Phase der „Verbürgerlichung“ der NS-Bewegung war es vor allem der neue Mittelstand der öffentlichen Angestellten, Handlungsgehilfen, der jungen Akademiker, die von den Aufstiegschancen einer offeneren, beweglicheren Gesellschaft angezogen wurden, während der von seinen kleinbürgerlichen Ressentiments in Richtung Nationalsozialismus stimulierte alte Mittelstand ein Opfer der vom NS-Regime kräftig vorangetriebenen Auflösung traditioneller sozialer Bindungen wurde.⁷⁰ In diesem engeren Sinne war die NS-Bewegung auch eine Rebellion der sogenannten „Idealisten“, deren Aspirationen von den alten sozialen Kräften blockiert worden waren. Die Abscheulichkeiten des NS-Regimes führten allerdings dazu, diese „idealistische“ Attraktion nach 1945 aus dem öffentlichen Bewußtsein zu verdrängen.

Die Herrschaft des Nationalsozialismus stützte sich nicht nur auf Fanatiker, „Idealisten“ und die ungleich größere Zahl der Opportunisten, sondern auch auf die Sicherung einigermaßen befriedigender Lebensbedingungen für die Masse der Bevölkerung, wie Beseitigung der Arbeitslosigkeit und Berücksichtigung elementarer Konsumbedürfnisse. Wie oben angedeutet, profitierte die NSDAP in „Oberdonau“ von der regionalen Verlagerung der österreichischen ökonomischen Potenz in die westlichen Gaue. Es war kein Zufall, daß in Oberösterreich die Manifestationen der Unzufriedenheit mit dem NS-Regime weniger umfangreich und auch später sichtbar wurden als in Gauen, die weniger von den massiven Investitionen aus dem „Altreich“ profitierten. Organisierter Widerstand entwickelte sich nur in sehr schwächlicher Form.⁷¹ In der Tat gelang es dem NS-Regime anfangs auch Bevölkerungsschichten und Institutionen anzuziehen oder zumindest zu neutralisieren, die von ihm nicht viel zu erwarten hatten: die Arbeiterschaft und die Kirche, in der manche politische Führer oder Mitglieder der Hierarchie öffentliche Zustimmungserklärungen einem dezenten Schweigen vorzogen.⁷²

38, 44, 104; Otto Klambauer, Die Frage des deutschen Eigentums in Österreich, in: Jahrbuch f. Zeitgeschichte 1978, Wien 1979, 149.

⁶⁹ Siehe mit Vorsicht Luza, *Austro-German Relations* (wie Anm. 46), 118, 371—373, 376. Die NS-Mitgliederzahl erhöhte sich daher zwischen Ende 1938 und 1942 um das Vierzigfache. Die Zahlen für die anderen Gaue waren 17fache Erhöhungen für Salzburg und Tirol-Vorarlberg, sechsfache für Wien, vierfache für Niederösterreich und Steiermark, und etwas über zweifache für Kärnten. Allerdings muß hier berücksichtigt werden, daß die Mitgliedspolitik der NSDAP nach ihrer Etablierung als Monopolpartei nicht mit der vor 1938 verglichen werden kann. Es kann aber doch kein Zweifel daran bestehen, daß es dem Nationalsozialismus in hohem Maße gelang, in die österreichische Gesellschaft einzudringen.

⁷⁰ Zum revolutionären Charakter des Nationalsozialismus siehe Martin Broszat, Zur Struktur der NS-Massenbewegung. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 31 (1983), H. 1. 52—76.

⁷¹ Gewiß gab es einige spontane Protestaktionen, wie z. B. auf den Bauplätzen der „Hermann-Göring“-Werke, die jedoch nicht mit organisiertem Widerstand gleichgesetzt werden können. Dazu Fiederer, Reichswerke „Hermann Göring“ (wie Anm. 60), 110 und Gerhard Jagschitz, Der österreichische Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime 1938—1945. In: Zeitgeschichte als Auftrag politischer Bildung. Lehren aus der Vergangenheit. Peter Schneck — Karl Sretenovic (Hrsg.), Wien — München 1979, 81.

⁷² Siehe z. B. eine Rede Ludwig Bernascheks vor ehemaligen Schutzbündlern anlässlich der Volksabstimmung vom 10. April 1938 oder den Aufruf des St. Florianer Chorherrn Dr. Alois Nikolussi zum Wahlkampf. Slapnicka, Oberdonau (wie Anm. 51), 52. Allerdings können diese relativ zahmen Zustimmungserklärungen zum Anschluß in keiner Weise mit den überschwenglichen Erklärungen eines Kardinal Innit-

Die Herrschaft des NS-Regimes beruhte auch auf der Perfektion eines ausgeklügelten Terrorsystems. Es war eine der unbeabsichtigten Folgen des NS-Terrors, jene Kräfte, die sich in der Zwischenkriegszeit in Feindschaft gegenüberstanden, von der Torheit und Fruchtlosigkeit sozialdemokratischer und christlichsozialer Konfrontation zu überzeugen. Der gemeinsame Aufenthalt in Konzentrationslagern und Gefängnissen verstärkte die in Oberösterreich bereits vor 1933 existierende Tendenz zur Zusammenarbeit, die allerdings vor dem Zusammenbruch des NS-Regimes in den Widerstandsgruppen nur in geringfügiger Weise zum Durchbruch kam.⁷³ Gewiß waren auch in Linz trotz Terror und Bestrafung Angehörige verschiedener politischer Richtungen bereit, ihr Leben im Kampf gegen das NS-Regime zu riskieren. Doch waren sie, wie überall und immer, eine verschwindend kleine Minderheit.

Die Aktivisten des Widerstands wußten auch, daß sie im Vergleich zu der im Gleichschritt marschierenden großen Majorität nur Einzelgänger waren. Speziell jene, die sich frühzeitig im Widerstand engagierten und dies spontan aus moralischen Gründen und österreichischem Patriotismus taten, hatten mit Ausnahme der Kommunisten keinen ausgedehnten organisatorischen Rückhalt im Inland oder Ausland. Sie waren angesichts der Brutalität des NS-Regimes und des fehlenden Rückhalts in der Bevölkerung zur Erfolglosigkeit verurteilt. Der Widerstand in der Arbeiterbewegung wurde vor allem von den Kommunisten getragen, deren anfangs hartnäckiges Bestehen auf eine ausgebaute Organisationsstruktur die Gegenmaßnahmen des NS-Regimes erleichterte. Die Revolutionären Sozialisten traten mit Ausnahme der Eisenbahner weniger hervor.⁷⁴ Linz selbst war kein Zentrum des Widerstandes der Arbeiterbewegung, dessen echte Zentren in Steyr und im geographisch günstigen Salzkammergut lagen.⁷⁵ In der Tat kam ein neutraler Beobachter im Frühjahr 1943 zum Schluß, daß von allen Städten des alten Österreichs nur eine dem Nationalsozialismus treu geblieben war: Hitlers Linz.⁷⁶

Zweifelloos ergeben der industrielle Boom in Linz, die allgemeine Prosperität in den westlichen Provinzen und die Tatsache, daß bis 1944 keine Bombenangriffe stattfanden, Erklärungsgründe für die im Vergleich zu Wien und den östlichen Provinzen passivere Haltung der Arbeiterschaft. Ursprünglich war der Widerstand katholisch-konservativer und legitimistischer Gruppen ausgeprägt als der der Sozialdemokraten.⁷⁷ Auf Grund ihrer geringen Erfahrung mit Untergrundar-

zers oder Dr. Renners verglichen werden, die wirklich katastrophale politische Irrtümer darstellen. Botz, Der 13. März (wie Anm. 48), auch Hannak, Karl Renner (wie Anm. 21), 650—652. Ganz allgemein sollte die Haltung der österreichischen Arbeiterklasse zum Nationalsozialismus einer neuen Analyse unterzogen werden, wie dies Michael H. Kater für Deutschland unternommen hat. Siehe sein Werk, *The Nazi Party: A Social Profile of Members and Leaders, 1919—1945*, Cambridge, Ma. 1983, 117—119, 160, 346—347.

⁷³ Dazu Willibald I. Holzer, *Im Schatten des Faschismus, Der österreichische Widerstand gegen den Nationalsozialismus (1938—1945)*, Wien 1978, 6.

⁷⁴ Allerdings ist im Hinblick auf den sozialdemokratischen Widerstand die Dunkelziffer weitaus größer als bei den Kommunisten, da die Sozialdemokraten auf spektakuläre Demonstrationen und aufdeckbar organisatorische Präsenz weitgehend verzichteten und damit auch ihren mittleren Funktionärskader zu einem guten Teil über die Zeit des „Dritten Reiches“ hinwegretten konnten. Vgl. Reinhard Mann, *Was wissen wir vom Widerstand? Datenqualität, Dunkelfeld und Forschungsartefakte*. In: *Gegner des Nationalsozialismus, Wissenschaftler und Widerstandskämpfer auf der Suche nach historischer Wirklichkeit*. Frankfurt 1980, 35—54.

⁷⁵ Helmut Konrad, *Die Arbeiterbewegung*. In: *Widerstand OÖ. I* (wie Anm. 19), 183—186; auch Karl R. Stadler, *Austria*, New York 1971, 174—175.

⁷⁶ Arvid Friedberg, *Behind the Steel Wall*, London 1944, 200, zitiert in Karl Stadler, *Österreich 1938—1945 im Spiegel der NS-Akten*, Wien 1966, 302.

⁷⁷ Harry Slapnicka, *Das christlich-konservative Lager*. In: *Widerstand OÖ. II* (wie Anm. 19), 211—217; auch Otto Molden, *Der Ruf des Gewissens. Der österreichische Freiheitskampf 1938—1945*, Wien 1958; Josef Hofer, *Weggefährten. Vom österreichischen Freiheitskampf 1933 bis 1945*, Wien 1946.

beit waren sie auch unvorsichtiger und konnten daher leicht von der Gestapo ausgehoben werden.⁷⁸

Mit den Rückschlägen im Krieg, mit den immer größer werdenden Verlusten an den Fronten und dem einsetzenden Bombenkrieg geriet das NS-Regime in eine Legitimationskrise. Während der Großteil der Bevölkerung sich in ein apathisches Weitermachen bis zum Ende fügte, schuf die Veränderung des Klimas vom enthusiastischen Engagement zur passiven Unzufriedenheit einen etwas günstigeren Resonanzboden für den Widerstand. Zu den Widerstandsgruppen in Linz zählten u. a., die Bewegung „Freies Österreich“ unter Führung Richard Bernascheks, der auch Ludwig Bernaschek, später langjähriger sozialistischer Landeshauptmannstellvertreter und Franz Harringer, später stellvertretender sozialistischer Parteiboss in Oberösterreich angehörten, sowie die überparteiliche Widerstandsgruppe „Gegenbewegung“ unter führender Beteiligung des Sozialdemokraten Dr. Hans Frenzel, der als Marktamtsleiter der Stadt Linz unter dem Schutz des Oberbürgermeisters Langoth stand. Letztere Gruppe spielte in der Endphase der NS-Herrschaft in Linz eine bescheidene Rolle in der Vermeidung eines drohenden Ernährungschaos und in der Sicherung lebenswichtiger Versorgungseinrichtungen, wie des Gas- und Wasserwerkes und des Schlachthofes.⁷⁹ Die Widerstandsgruppe G. B. war sich ja vollkommen klar darüber, daß die Masse der Bevölkerung vor allem überleben wollte. Ein bewaffneter Widerstand gegen das NS-Regime wurde daher wegen der möglichen Repressalien vollkommen abgelehnt. Auch die Veteranen der großen politischen Parteien konzentrierten sich mit wenigen Ausnahmen aufs Überleben und darauf, nach der Befreiung, die alten Parteistrukturen, mit oder ohne Beteiligung der Widerstandskämpfer, wieder zu errichten. Von Selbstbefreiung kann denn auch in Linz nicht die Rede sein.

Die angesichts der großen Risiken verständliche geringe Relevanz eines aktiven Widerstandes soll nicht darüber hinwegtäuschen, daß eine ansehnliche Zahl von „unpolitischen“ Formen des Widerstandes dokumentiert werden kann und daß „unpolitisches“ oppositionelles Verhalten vom Regime durch vermehrten Terror beantwortet wurde.⁸⁰ Dieser Radikalisierung des Regimes fielen kurz vor Kriegsende noch eine Anzahl von Widerstandskämpfern zum Opfer, die als Zentralfiguren zur Wiedererrichtung der Arbeiterbewegung ausersehen waren. Es geschah dies auf Grund eines Befehls Eigrubers, der die Erschießung aller „marxistisch-kommunistischen“ Kräfte anord-

⁷⁸ Z. B. der im Stift Wilhering konzentrierte Zweig der Großösterreichischen Freiheitsbewegung, dem auch zwei Mitglieder des Linzer Gemeinderates angehörten. Dies waren Karl Mitterbauer, ein christlichsozialer Arbeiterpolitiker und Franz Labek, ein Sozialdemokrat. Slapnicka, „Oberdonau“ (wie Anm. 51), 262; und Widerstand OÖ. II (wie Anm. 19), 279–284.

⁷⁹ Slapnicka, Oberdonau (wie Anm. 51), 265–266; Gabriele Hindinger, Das Kriegsende und der Wiederaufbau demokratischer Verhältnisse in Oberösterreich im Jahre 1945, Wien 1968, 19–21.

⁸⁰ Gerhard Botz, Widerstand von Einzelnen. In: Widerstand OÖ. I (wie Anm. 19), 351–363. Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands hat in den bereits zitierten zwei Bänden den Widerstand und die Verfolgung in Oberösterreich reichhaltig dokumentiert, ohne jedoch näher auf die Problematik der Begriffe „Widerstand“ und „Verfolgung“ einzugehen. Es scheint jedoch bedenklich, Affekthandlungen und -äußerungen aus bloßer Unzufriedenheit zum Widerstandsakt hochzustilisieren, wie es auch fragwürdig ist, nur „Widerstand von oben“, d. h., etwa die Gruppen innerhalb des Gesamtkomplexes des 20. Juli 1944, anzuerkennen. Im ersten Falle wird zum Widerstand alles, was der Gestapo mißfiel, im letzteren wird der Widerstand von kleinen Leuten, der „Widerstand von unten“ vernachlässigt. Dazu vor allem Stadler, Österreich 1938–1945 (wie Anm. 76), 11–14.

Zu den Begriffen Widerstand, Resistenz, Verfolgung, siehe auch Kurt K. Tweraser, Paradigms of Resistance to Nazism; The Uses of Narrow and Broad Construction and Their Consequences, Tagungspapier für die Western Association for German Studies, 30. Sept. — 2. Okt. 1983, Univ. of Wisconsin, Madison, Wi. Das geringe Ausmaß des Widerstandes in Oberösterreich ist jüngst wiederum in der wohl definitiven Studie von Radomir V. Luza, The Resistance in Austria, 1938–1945, Minneapolis 1984, bestätigt worden. Seine soziologische Analyse von etwas über 3.000 Mitgliedern des österreichischen Widerstandes spricht

nete. Eines der Opfer in Mauthausen war Richard Bernaschek.⁸¹ Glücklicher war da Dr. Koref, der auf Grund einer Intervention Langoths beim Chef des Sicherheitsdienstes, Kaltenbrunner, der ja Linzer war, rechtzeitig aus der Haft entlassen wurde und damit einer von Eigruber verfügen Verbringung nach Dachau entkam.⁸²

Mit dem Vormarsch der Alliierten in Italien kam auch Linz in den Bereich der amerikanischen Luftwaffe und war das Ziel von 22 Angriffen, die aus der Stadt ein Trümmerfeld machten und auch zu beträchtlichen Verlusten in der Zivilbevölkerung führten.⁸³ Als die Front anfangs 1945 näher rückte, wurden Pläne zur Verteidigung von Linz erstellt, die, verwirklicht, wahrscheinlich zur totalen Zerstörung der Stadt geführt hätten. Die beiden Hauptverantwortlichen, Gauleiter Eigruber und Generaloberst Rendulic, der Befehlshaber der Heeresgruppe Süd, konnten letzten Endes in schwierigen und verworrenen Gesprächen dazu bewegt werden, auf eine Verteidigung zu verzichten, wobei sich überraschenderweise der General unvernünftiger als der Gauleiter erwies. Oberbürgermeister Langoth und Kreisleiter Danzer hatten ein unbestreitbares Verdienst, der Stadt weitere Zerstörungen erspart zu haben.⁸⁴ Die am 5. Mai in Linz einmarschierenden Truppen der 3. US-Armee behielten Langoth noch drei Tage im Amt. In einem außerordentlichen Glücksfall für die Stadt Linz ernannten sie am 7. Mai Ernst Koref zum Bürgermeister. Die Amtsübergabe erfolgte einen Tag später zur großen Überraschung der anwesenden amerikanischen Offiziere in durchaus urbaner Form.

DIE ÄRA KOREF: 1945 — 1962

Jene Linzer, die sich die unmittelbare Wiedererrichtung der Demokratie erwartet hatten, wurden enttäuscht. Den amerikanischen Besatzungsbehörden ging es zunächst um die Entfernung der

eine bereedete Sprache. (Siehe 291—322.) Die folgende Tabelle stützt sich auf seine Behandlung der regionalen Distribution des Widerstandes auf Grund eines statistischen Universums von 1.965 Fällen (299).

Bundesland	Bevölkerung in ‰ von Österreich	Geburtsort der Widerstandskämpfer	Residenz der Widerstandskämpfer
1. Wien	27,72	1. 39,9	1. 52,6
2. Niederösterreich	22,32	2. 14,6	4. 8,4
3. Steiermark	15,01	3. 13,0	2. 12,9
4. Oberösterreich	13,34	5. 4,9	5. 4,9
5. Kärnten	5,99	6. 4,3	7. 2,7
6. Tirol	5,16	4. 9,5	3. 10,4
7. Burgenland	4,42	9. 1,3	9. 1,5
8. Salzburg	3,63	7. 3,0	6. 3,3
9. Vorarlberg	2,29	8. 2,1	8. 2,0

Groß-Wien war die Hauptstadt des Widerstands. Von den Ländern ragen die Steiermark auf Grund der überaus starken Tätigkeit der Kommunisten und Tirol auf Grund einer bürgerlich-bäuerlichen Kombination unbedingten Österreichertums hervor.

⁸¹ Widerstand OÖ. II (wie Anm. 19), 585—586; Hans Marsalek, Die Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausen, 2. Aufl., Wien 1980, 279.

⁸² Widerstand OÖ. I (wie Anm. 19), 193—195; auch AStL, GPR 20. April 1953.

⁸³ Slapnicka, Oberdonau (wie Anm. 51), 304—320; Richard Kutschera, Die Fliegerangriffe auf Linz im Zweiten Weltkrieg. In: HistJbL 1966, 199—348.

⁸⁴ Harry Slapnicka, In Oberösterreich geht der Zweite Weltkrieg zu Ende. In: Amtliche Linzer Zeitung 16/1975; Rausch, Linz 1945 (wie Anm. 15); Langoth, Kampf um Österreich (wie Anm. 25), 267—291; Hinderling, Kriegsende (wie Anm. 79), 7—58; Franz Danzer, Die ersten Maitage des Jahres 1945 in Linz. In: HistJbL 1965, 464—477.

Überreste der NS-Herrschaft und des Militarismus im allgemeinen und die Säuberung der Verwaltung, der Justiz und des Schulwesens von NS-Elementen im besonderen. Zu diesem Zweck erschien ihnen eine Militärdiktatur angemessener als eine offizielle Anerkennung des sich bereits regenden lokalen Parteilebens. Die Rolle des Zwanges ist in jeder Diktatur beträchtlich; so auch in der amerikanischen Militärdiktatur. Gewiß war die stufenweise Demokratisierung das Fernziel, das jedoch zunächst mit einer strengen Kontrolle der Wirtschaft und der Finanzen, des Rundfunks und der Presse, des Verbotes des parteipolitischen Lebens und der Verhinderung der Fraternisierung zwischen Besatzungssoldaten und Besetzten erreicht werden sollte. In der Zielsetzung waren allerdings NS-Diktatur und amerikanische Militärdiktatur grundverschieden, mit der ersteren auf eine Steigerung des Terrors gerichtet, mit der letzteren auf eine allmähliche Verringerung der Kontrollen. In der Wahl der Mittel gab es jedoch Überschneidungen, die so manchen Linzer zur Frage zwangen, was denn nun der Unterschied zwischen den „Nazis“ und den „Amis“ eigentlich wäre.⁸⁵

Die amerikanische Besatzungspolitik krankte zunächst einmal daran, daß auf höchster Ebene in Washington lange Zeit keine Klarheit darüber bestand, was denn mit Österreich geschehen sollte.⁸⁶ Erst Ende Dezember 1944 war man sich darüber einig, an der Besetzung Österreichs teilzunehmen.⁸⁷ Die Vielschichtigkeit der amerikanischen Planung und der umständliche bürokratische Apparat sollten auch später ihre negativen Folgen haben, da durch die Verzögerung der politischen Besatzungsplanung der Aufbau der zivilen Besatzungsorganisation sich hinausschob und zunächst die Armeeverwaltung für die Besatzung verantwortlich war. Es dauerte in Oberösterreich einige Monate bis die Spezialstäbe der Militärregierung die Armeeverwaltung und die Militärische Abwehr (CIC), die eine vollständig unabhängige Struktur war, halbwegs in den Griff bekamen.⁸⁸ Diese ungeklärten Zustände verbesserten sich allerdings nach dem Eintreffen des zum Militärgouverneur ernannten Generals Mark Clark im Juli 1945.

Bedeutsam war, daß Oberösterreich zunächst von der 3. US-Armee unter General Patton besetzt wurde. Pattons Soldaten gebärdeten sich einerseits als Sieger — der rüde Ton, mit dem die von ihnen ernannten oberösterreichischen Verwaltungschefs behandelt wurden, erklärt sich daraus —, andererseits waren aber die Verwaltungsoffiziere zunächst nicht so sehr mit einer politischen und gesellschaftlichen Strukturwandlung, d. h. der Entnazifizierung beschäftigt, als mit administrativer Effizienz. Überhaupt zeichnete sich die Militärdiktatur durch eine apolitische oder, präziser ausgedrückt, durch eine politikfeindliche Haltung aus. Sie stützte sich daher auf die vorhandenen lokalen und regionalen Verwaltungsstrukturen und versuchte, politische Bestrebungen zu unterdrücken oder zu isolieren. Bezeichnend in dieser Hinsicht war vor allem die feindliche Haltung der oberösterreichischen Militärregierung unter Oberst Russell Snook gegenüber der sich aus dem Zusammenschluß von Widerstandsgruppen formierten antifaschistischen Organisation „Freies Österreich.“ Diese temporäre Koalition von Sozialdemokraten, wie etwa Ludwig Bernaschek und Dr. Franz Blum, Christlichsozialen, wie etwa Dr. Josef Hofer, und Kommunisten, wie Franz Haider und Josef Pliehs, bot ihre Mitarbeit bei der Denazifizierung an und verlangte auch

⁸⁵ Auf Grund der entgegengesetzten Dynamik von NS-Diktatur und amerikanischer Militärdiktatur ist letztere sogar mit der altrömischen „konstitutionellen“ Diktatur verglichen worden. Dazu Carl J. Friedrich, *Military Government and Dictatorship*. In: *The Annals of the American Academy of Political and Social Science* 267 (January 1950), 1—7.

⁸⁶ Zur Widersprüchlichkeit der amerikanischen Österreichplanung Fritz Fellner, *Die außenpolitische und völkerrechtliche Situation Österreichs 1938. Österreichs Wiederherstellung als Kriegsziel der Alliierten*. In: *Österreich. Die Zweite Republik*, hrsg. v. Erika Weinzierl und Kurt Skalnik, Bd. 1, Graz 1972, 106—113.

⁸⁷ Edgar L. Erickson, *The Zoning of Austria*. In: *The Annals of the American Academy of Political and Social Science*, 267 (January 1950), 106—113.

⁸⁸ George C. S. Benson, *American Military Government in Austria, May 1945 — February 1946*. In: Carl J. Friedrich et al., *American Experiences in Military Government in World War II, Washington 1948*, 174.

die sofortige Bildung dem Volke verantwortlicher demokratischer Verwaltungskörper. Darüber hinaus organisierte der Ausschuß ein Treffen der Bürgermeister verschiedener Städte in Oberösterreich, die sich ihrerseits an die Militärregierung wandten, um die Forderungen des Ausschusses zu unterstützen. Oberst Snook verlor keine Zeit, die „Freiheitsbewegung“ zu verbieten, da seiner Meinung nach die Zeit für die Errichtung einer Demokratie noch nicht gekommen war.⁸⁹ Nicht besser erging es dem ehemaligen Chefredakteur des Tagblattes, Dr. Alois Oberhummer, dem Christlichsozialen Dr. Josef Zehetner und dem Kommunisten Josef Mitter. Ihr Versuch, eine Landesregierung mit Oberhummer als *Landeshauptmann* und Zehetner als *Landeshauptmann-Stellvertreter* zu bilden, scheiterte auch am Einspruch der Besatzungsbehörde.⁹⁰ An Politik waren die Amerikaner nicht interessiert, Verwaltung war ihnen alles. Ihr Mißtrauen gegen jedwede politische Betätigung beruhte teilweise auf der Annahme, daß Politik auch den Nationalsozialisten wieder Einfluß verschaffen könnte, teilweise darauf, daß demokratische Verfahren viel Zeit verlangten, die prekären Umstände aber schnelle Entscheidungen erforderten.

In der Stadt Linz wie anderswo schien die gewaltige Umschaltung von totalitärer Diktatur zum freiheitlich-demokratischen System und die Krisenbekämpfung in der überfüllten und unterernährten Stadt eine autoritäre Akzentuierung als Übergang zu rechtfertigen. Die geeigneten Instrumente dafür waren eben nicht politische Organisationen, sondern „unpolitische“ Verwaltungskörper, wie die als Handlanger der Besatzungsmächte fungierenden Bürgermeister und die regionalen Beamtenregierungen. In der Auswahl des Personals für eine „unpolitische“ Verwaltung rannten die Besatzungsbehörden in einige Schwierigkeiten. Im Falle Dr. Korefs zeigten sie eine glückliche Hand, im Falle Dr. Eigls, der dem Beamtenkabinett auf Landesebene vorstand, eine unglückliche. Dies zunächst, da Koref das Vertrauen der sich trotz des bestehenden Parteienverbotes regenden politischen Kräfte genoß, während dem am 16. Mai 1945 ernannten Kabinett Eigl jede politische Legitimation fehlte.⁹¹ Die Kriterien, die bei der Auswahl dieser Verwaltungschefs angewandt wurden (Verwaltungserfahrung, vermutliche Popularität und einwandfreie NS-Vergangenheit), machten es schwierig, geeignete Personen zu finden. Bei etwas mehr Vertrauen der Besatzungsmacht in die politischen Kräfte hätten sie sich wahrscheinlich die Blamage erspart, nach einigen Monaten plötzlich einem funktionsunfähigen Beamtenkabinett gegenüberzustellen, als ungefähr ein Drittel des Kabinetts verhaftet wurde, da es unter gewisse Automatikbestimmungen der Entnazifizierung fiel, darunter Dr. Eigl selbst.⁹² Der Konflikt zwischen Bedarf an Fachleuten und den Entnazifizierungsdirektiven, der während der ersten Monate zugunsten der Verwaltungseffektivität entschieden worden war, brach wieder auf. Nolens volens mußten sich die Besatzungsbehörden nunmehr an die Vertreter der im Entstehen begriffenen politischen Parteien wenden, um eine neue Landesregierung zu bilden.

Koref war von Anfang an darauf bedacht, sich mit Leuten zu umgeben, die in keiner Weise auch bei Anwendung striktester Kriterien durch ihre NS-Vergangenheit belastet waren, und darüber hinaus bei den politischen Parteien schon vor 1933 eine Rolle gespielt haben. In der Zusammensetzung des am 15. Mai 1945 sich konstituierenden provisorischen Stadtrates hielt sich Koref trotz des Parteienverbotes an die vor 1933 bestandenen parteipolitischen Verhältnisse, wobei er verständlicherweise die Großdeutschen nicht berücksichtigen konnte. Der Stadtrat setzte sich aus vier ehemaligen Sozialdemokraten, vier ehemaligen Christlichsozialen und zwei Kommunisten zusammen. Letztere waren eine zeitbedingte Konzession an die russische Besatzungsmacht.⁹³

⁸⁹ Hindinger, *Kriegsende* (wie Anm. 79), 156–158.

⁹⁰ Rausch, *Linz 1945* (wie Anm. 15), 19; Manfred Rauchensteiner, *Der Sonderfall. Die Besatzungszeit in Österreich. 1945 bis 1955*, Graz 1979, 100–101.

⁹¹ Hindinger, *Kriegsende* (wie Anm. 79), 75–77.

⁹² Hindinger, *Kriegsende* (wie Anm. 79), 82–83.

⁹³ Koref, *Gezeiten* (wie Anm. 9), 251.

Die Stadträte waren allerdings nur Berater des Bürgermeisters, der gegenüber der Besatzungsmacht allein für die gesamte Stadtverwaltung verantwortlich war, was ihn einerseits zwar unter das Kriegsrecht der Amerikaner stellte, andererseits ihm aber auch eine führende Stellung in seiner Partei sicherte.

Nach zufriedenstellender Lösung der Zusammensetzung des provisorischen Stadtrates war Korefs nächste Aufgabe die Siebung des städtischen Beamtenkörpers. Ohne qualifiziertes, geschultes und erfahrenes Verwaltungspersonal konnte Koref wohl kaum mit dem Wiederaufbau der Stadt beginnen und auch die Interessen der Besatzungsmacht befriedigen. Die Militärbefehlshaber waren an geschultem Personal interessiert, sie mußten aber gleichzeitig unter dem Druck der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten die Entnazifizierung zügig durchführen. Das Verwaltungspersonal der Stadt war mit 18% Parteigenossen durchsetzt.⁹⁴ Von 4.293 Beamten, Angestellten und Arbeitern waren 772 Mitglieder der NSDAP. Davon wurden 546 abgebaut, 226 verblieben, darunter 22, die weiter verwendet wurden, da sie fachlich unabkömmlich waren.⁹⁵ Koref entließ 35 Nationalsozialisten auf der Stelle und beauftragte fünf Untersuchungsausschüsse des Magistrats mit der Behandlung der Personalakten der ehemaligen Parteigenossen. Der Bürgermeister, keineswegs ein Scharfmacher in Sachen Denazifizierung, hatte besondere Schwierigkeiten mit den Akademikern, die zwar fachlich unabkömmlich, aber belastet waren. Letzten Endes mußten von 139 Akademikern 77 (56%) entlassen werden, von 1785 Beamten und Angestellten 422 (27%) und von 2369 Arbeitern 46 (2%).⁹⁶ Ganz allgemein muß festgestellt werden, daß die Entnazifizierung scheiterte, da sie viel zu breit angelegt worden war. Weniger wäre mehr gewesen. Mit den geänderten politischen Bedingungen war es nicht überraschend, daß von den ungefähr 540 Entlassenen 460 eventuell wieder eingestellt wurden.⁹⁷

Der ursprüngliche Plan der amerikanischen Besatzungsbehörde beruhte auf der Annahme einer Unterbrechung der politischen Prozesse und einer Kontinuation der ökonomischen Prozesse. Was sie in Wirklichkeit vorfanden, war gerade eine umgekehrte Situation. Sie fanden kleine soziale und politische Gruppen auf der lokalen Ebene, die sich von der restriktiven Politik der Besetzer nicht entmutigen ließen, eine Politik, die zunächst zur Schließung aller Institutionen führte, die irgendeine formative Rolle im politischen Prozeß hätte spielen können, wie Schulen, die Presse, Gerichte, berufliche Verbände, politische Parteien und legislative Gremien. Nur die Kirche war davon ausgenommen. Andererseits fanden die Besatzungsbehörden eine stagnierende Wirtschaft vor. Um aus dem Dilemma zwischen statischer ökonomischer und dynamischer politischer

⁹⁴ Diese Ziffer ist aber keineswegs als außergewöhnlich hoch zu betrachten. In ganz Österreich war der öffentliche Bereich bei der Entnazifizierung mit 15,6 % der 1947 Registrierten am stärksten vertreten. Einerseits war die Beherrschung des öffentlichen Dienstes als wichtiges Machtinstrument des modernen bürokratischen Staates wesentlich für den Nationalsozialismus und auch sehr geeignet, verdienten Parteigenossen entsprechende Positionen zu verschaffen, andererseits ist der Großteil der Staatsdiener bereit, für jedes Regime zu arbeiten. Allerdings muß bemerkt werden, daß selbst in der NS-Zeit die unpolitische Erfüllung der Pflicht zumeist genügte und der Beitritt zur Partei meist nicht unter Zwang, sondern aus Überzeugung oder Opportunismus erfolgte. Pflichterfüllung wurde niemand zum Vorwurf gemacht, formale Bindung an die Partei wurde jedoch verfolgt, da — wie Koref es ausdrückte — gerade die öffentlichen Angestellten in einem besonderen Treueverhältnis zum Staat stehen und stehen müssen, der Allgemeinheit gegenüber besondere Verpflichtungen haben und deshalb die Bedingungen des Gesetzes ihnen gegenüber rigoros sein müssen. Siehe die große und gemäßigte Rede Korefs in: Stenographische Protokolle des österreichischen Nationalrats, 28. Sitzg., 24. Juli 1946, 592. Allgemein zur Frage der Entnazifizierung Dieter Stiefel, *Entnazifizierung in Österreich*, Wien 1981; Oliver Rathkolb, *US-Entnazifizierung in Österreich zwischen kontrollierter Revolution und Elitenrestauration (1945—1949)*. In: *Zeitgeschichte* 11. Jg. (1983/84), 302—325.

⁹⁵ AStL, GPR 13. Mai 1946.

⁹⁶ Linzer Volksblatt, 30. März 1946.

⁹⁷ AStL, GPR 21. Dezember 1953.